

Natur wird Kulturgut. Das Provinzialmuseum für Naturkunde in Münster 1892 bis 1945

I. Die Ursprünge: Das kulturelle Interesse des Bürgertums

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als in Deutschland die erste Phase der Industrialisierung abgeschlossen und das Reich gegründet war, begann das Bürgertum Rückschau zu halten. Einerseits wollte es den Weg überblicken, der es in ein neues Stadium der politischen Einheit und Stärke sowie des Wohlstands geführt hatte, andererseits wollte es sich der materiellen und geistigen Verluste erinnern, die dieser Weg gekostet hatte.

Parallel zu diesem auflebenden historischen Interesse nahm gegen Ende des 19. Jahrhunderts auch das Informationsbedürfnis über die Fortschritte in den Naturwissenschaften zu. Denn in der Medizin und Biologie, der Physik und Chemie kam es zu einer Fülle von Entdeckungen und Erfindungen, die sowohl die Kenntnis der Natur erweiterten als auch zum sozialen und wirtschaftlichen Nutzen beitrugen. Infolgedessen begannen sich seit den 1870er Jahren zahlreiche Bürger in geschichts-, kunst- und naturwissenschaftlichen oder universal ausgerichteten Heimat-Vereinen zu organisieren. In diesen Vereinen wollten sie bedeutende und typische Zeugnisse der Kultur und Natur ihrer Umgebung sammeln und erhalten, systematisieren und erforschen sowie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Gerade die Natur wurde nicht nur aus wissenschaftlichen, sondern auch aus ästhetischen, »volkspädagogischen« und politischen Motiven zu einem wichtigen Gegenstand der Forschung und des Schutzes. Denn sie erschien gegen Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr - wie noch in der Zeit der Aufklärung - als eine fremde, gefährliche Wildnis, sondern eher - wie in der Zeit der Romantik - als ein Zufluchtsort vor dem »Getriebe der Großstadt« und des Beruflbens, als Ort der Besinnung und als eine ästhetische Idylle. Außerdem ging einem wachsenden Teil der Bevölkerung die Naturerfahrung mit der sich ausbreitenden Urbanisierung nach und nach verloren; deshalb entstand nicht nur das Bestreben, Teile der Natur außerhalb der Städte zu schützen, sondern auch die Natur in die Städte durch die Gründung von Naturkundemuseen und Zoos hineinzuholen, um eine bequem zugängliche

Quelle der unmittelbaren Anschauung zu schaffen. Ferner betrachteten viele Zeitgenossen die Natur als den gesunden Ursprungsbereich des Menschen, als eine konstante, wichtige Prägestkraft der Rassen, Völker und ihrer »Stämme«, als einen biologisch-völkischen »Kraftquell«. Die Natur erschien schließlich auch als ein wichtiger Bestandteil von Heimat und Vaterland; die Naturerfahrung stärkte das Heimat- und Vaterlandsgefühl. Deshalb sollte sie nicht zurückgedrängt und beherrscht, sondern gegenüber der sich ausbreitenden Zivilisation, vor allem den Städten und dem »Geist des Materialismus«, in ihrem ursprünglichen Zustand möglichst erhalten und erforscht werden.

Die Bestrebungen zur Erhaltung der Natur zielten weniger darauf, die Ursachen der Naturzerstörung, etwa der Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden, zu bekämpfen und einen entsprechenden Wandel der Lebens- und Wirtschaftsweise zu propagieren, sondern vielmehr darauf, besondere Naturschönheiten wegen ihres ästhetischen Reizes und ihres wissenschaftlichen Wertes als »Naturdenkmäler« zu bewahren. Nach der Jahrhundertwende erweiterte sich dieses Bestreben auf das Ziel, wenig berührte und »schöne« Landschaftsteile zu schützen (1). Bestimmte Ausschnitte aus der Natur sollten gleichsam zu einem »lebenden Museum« gemacht werden; man wollte nicht nur spezifische Tier- und Pflanzenarten unter Schutz stellen, sondern, nach nordamerikanischem Vorbild, auch Reservate schaffen.

Diese Ziele von Naturforschung und Naturschutz führten auch relativ früh zu Plänen, Fauna und Flora ähnlich wie Kunst- und Geschichtszeugnisse direkt in Museen zu sammeln und zu bewahren. Damit sollten sie breiten Bevölkerungskreisen bekannt und als Anschauungsobjekte leicht zugänglich gemacht werden. Sehr bald stellte sich jedoch heraus, daß die Vereinigung von Kultur- und Naturzeugnissen ein einzelnes Museum überfordert hätte; deshalb wurden in den 1880er und 1890er Jahren neben kunst- und kulturgeschichtlichen besondere naturkundliche und naturgeschichtliche Museen gegründet, in denen geologische Funde sowie Exponate aus Fauna und Flora für die Forschung und eine interessierte Öffentlichkeit konserviert und präsentiert wurden.

Die Geschichte eines dieser Museen, des Westfälischen Museums für Naturkunde in Münster, soll im folgenden, zusammen mit der Entwicklung des Naturschutzes in Westfalen, von den Anfängen bis zum Ende des Dritten Reiches dargestellt werden.

II. Anfänge und Entwicklung des Provinzialmuseums für Naturkunde in Münster während des Kaiserreichs

Die Anfänge des Westfälischen Museums für Naturkunde reichen in die 1870er Jahre zurück (2). Im Jahre 1872 war in Münster, dem Verwaltungsmittelpunkt der preußischen Provinz Westfalen, auf Anregung des Oberpräsidenten von Kühlwetter ein »Westfälischer Provinzialverein für Wissenschaft und Kunst« gegründet worden. Dieser Dachverein, dem sich sofort 18 Einzelvereine mit 1.600, meist aus Kreisen des Bildungsbürgertums stammenden Mitgliedern anschlossen, steckte sich das Ziel, ein Museum zu gründen, das Zeugnisse der Kunst, Literatur, Geschichte und Natur sammeln und ausstellen sollte. Dazu legte er einen Fonds an, der durch die Beiträge der Mitglieder und einen jährlichen Zuschuß des Oberpräsidiums gespeist wurde.

Als jedoch deutlich wurde, daß die eingelegten Summen nicht ausreichen würden, um ein Museum zu errichten, trat der Verein im Jahre 1882 an den Provinzialverband Westfalen und das Oberpräsidium heran und bat, daß sie für das geplante Universalmuseum einen Fonds aufbauen sollten. Vor allem die Wendung an den Provinzialverband erschien erfolgversprechend, war doch diese Selbstverwaltungsorganisation der Kreise und kreisfreien Städte der Provinz Westfalen nach ihrem Gründungsauftrag u.a. gehalten, die Pflege der regionalen Kultur zu übernehmen, also auch Zuschüsse für Vereine und Sammlungen zu leisten, »welche der Kunst und Wissenschaft dienen« (3). Der Provinzialverein war dafür seinerseits bereit, eine von ihm gesammelte Summe in Höhe von 48.000 M für den Bau des Museums zur Verfügung zu stellen, wenn seine Mitglieder freien Eintritt erhalten und der Verein bei der Ausarbeitung des Bauplanes hinzugezogen würde. Im Unterschied zur Provinz Hannover, wo ein derartiger Wunsch Erfolg hatte (4), blieb in Münster jedoch die Anlage des gewünschten Fonds zunächst aus; möglicherweise fürchteten sowohl die staatliche als auch die kommunale Selbst-Verwaltung eine Überforderung ihrer Etats.

Fünf Jahre später regte der Vorsitzende des Vereins für Vogelschutz, Leiter der Zoologischen Sektion des Provinzial-



Hermann Landois

vereins und Gründer des Zoologischen Gartens in Münster, Professor Dr. Hermann Landois, an, die naturwissenschaftliche und -geschichtliche Abteilung aus dem geplanten Universalmuseum auszugliedern. Diesen weniger kostspieligen Plan der Gründung eines separaten Naturkundemuseums auf dem Gelände des Zoos versprach das Parlament des Provinzialverbandes, der Provinziallandtag, zu bezuschussen.

IX. Plenar-Sitzung

des

29. Westfälischen Provinzial-Landtages.

Verhandelt zu Münster im Ständehause den 1. Juli 1887.

Die heutige Plenar-Sitzung eröffnete der Vorsitzende des Provinzial-Landtages Erbmarschall Herr Freiherr von Bodelschwingh-Pllettenberg Mittags 12 Uhr.

Es waren zu derselben 83 Abgeordnete erschienen und nahm auch der königliche Landtags-Commissar Ober-Präsident Herr von Hagemeister an den Verhandlungen Theil.

Als Schriftführer fungiren die Herren Freusberg-Olpe und Plange.

Der Antrag der Commission für die Etats und Rechnungen geht dahin: der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

1. die Summe von 26600 Mark für den Bau eines Naturhistorischen Museums aus Provinzialfonds, ohne die bereits für den Bau eines Provinzial-Museums bestimmten Fonds anzugreifen, besonders zu bewilligen, jedoch in der Voraussetzung, daß die Staats-Regierung zu dem in Aussicht genommenen Bau des Provinzial-Museums, wie in anderen Provinzen bereits geschehen, einen erheblichen Zuschuß leisten werde;
2. den Provinzial-Ausschuß zu ermächtigen, bezüglich des Eigenthums an dem zu errichtenden Gebäude des Naturhistorischen Museums und der Sammlungen, bezüglich der Leitung derselben und insbesondere auch des Verbleibens der Sammlungen im Falle der Auflösung des Vereins mit dem Provinzial-Verein für Wissenschaft und Kunst Vereinbarung zu treffen und dem nächsten Provinzial-Landtage über das Resultat Mittheilung zu machen.“

Nachdem der Herr Landtags-Commissar sich noch des Näheren dahin ausgesprochen hatte, daß er auf die Annahme der Commissions-Vorschläge großen Werth lege, wurde zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag des Abgeordneten Plange wurde abgelehnt.

Der Antrag der Commission wurde angenommen.

verbandes, am 10. Februar 1892 den Abgeordneten seines Provinziallandtages offiziell übergeben. Der Bau hatte etwa 113.000 M gekostet; davon hatte der Provinzialverband rund 50.000 M übernommen. Gemäß einem Vertrag vom 21. Juli und 12. August 1890 gingen Gebäude und Sammlungen in das

Eigentum des Provinzialverbandes über, während der Provinzialverein die Leitung stellen und finanzieren sollte (5). Erster, ehrenamtlicher Leiter des Museums wurde Hermann Landois (6).



Provinzialmuseum für Naturkunde, 1891

Landois war in der glücklichen Situation, sowohl das Provinzialmuseum für Naturkunde als auch den Zoo, die beide von ihm inspiriert waren, leiten zu können. Dies ermöglichte auf einem Gelände den Besuch sowohl der »toten« als auch der »lebendigen« Natur. Das Museum profitierte darüber hinaus vom Zoo dadurch, daß gestorbene Tiere für die Sammlungen des Museums aufbereitet werden konnten. Der Hauptbestand der Sammlungen kam jedoch aus den Beständen der Zoologischen und Botanischen Sektion des Provinzialvereins sowie aus Privatsammlungen (7).

Landois plante folgende Sammlungs- und Ausstellungsschwerpunkte: »a) Eine Sammlung von in der Provinz vorkommenden Tieren aller Klassen; b) ein Provinzialherbarium; c) eine Sammlung der in der Provinz vorkommenden Mineralien; d) desgleichen von Petrefakten, ferner e) die zu diesen Sammlungen gehörenden Bibliotheken, sowie endlich f) solche zur Vergleichung und Erläuterung vorstehender Sammlungen wissenschaftlich erforderlichen Gegenstände aus anderen Provinzen oder Ländern« (8).

Das Naturkundemuseum sollte also die naturkundlichen Zeugnisse Westfalens präsentieren; der provinziellen Beschränkung hoffte Landois durch die Sammlung von Vergleichszeugnissen aus anderen Regionen zu begegnen.

Als Landois, die treibende Kraft beim Aufbau des Provinzialmuseums, am 29. Januar 1905 starb, trat der Provinzialverband an seinen Nachfolger, den Professor für Zoologie an der Universität Münster, Emil Ballowitz, heran. Dieser lehnte jedoch die vorgesehene nebenamtliche Leitung für sich und seinen Assistenten ab. Um einen geeigneten Leiter zu finden, mußte der Posten honoriert werden. Der Provinzialverein, der laut Vertrag aus dem Jahre 1890 für die Leitung des Museums zu sorgen hatte, war weder in der Lage, einen Direktor zu stellen noch für sein Gehalt aufzukommen. Schließlich bot der Provinzialverband Westfalen einem Schüler Landois', dem Universitätsassistenten und bisherigen Kustos am Naturkundemuseum, Dr. Hermann Reeker, zum 1. April 1907 einen kommissarischen, bezahlten Direktorposten an. Reeker nahm an; damit erhielt der Provinzialverband Einfluß auf die Konzeption und die Sammlungen des Museums. Dementsprechend



Hermann Reeker

wurde der Vertrag zwischen dem Provinzialverein und dem Provinzialverband am 12. Juni 1907 geändert (9).

Zwischen dem Provinzialverband von Westfalen und
seit

- 1, dem Westfälischen Provinzialverein für Natur-
schutz und Kunst,
 - 2, dem Westfälischen Verein für Vogelzug, Ge-
flügel- und Ringvögelzug,
 - 3, der zoologischen Sektion für Westfalen und
Lippe,
 - 4, der botanischen Sektion,
 - 5, dem Münsterischen Gartenbauverein
- unter Aufsicht, des Provinzialverbandes vertreten durch
den Landesfürstmann Dr. Hammerschmidt, die
unter 1-5 genannten Vereine und Sektionen ver-
treten durch ihre zeitigen gesetzlich legitimierten Vor-
standsmitglieder, wurde vorbehaltlich der Zustim-
mung durch den Provinzialverband und die Vor-
stände der Generalsammlungen der genann-
ten Vereine und Sektionen über die Verwal-
tung und Benutzung des Provinzialmuseums für Na-
turkunde im zoologischen Garten zu Münster folgende
der Vertrag abgeschlossen:

Der Provinzialverband der Provinz Westfalen übernimmt
 einflusslich und auf seine Kosten die Verwaltung und
 Unterhaltung des Museums und der darin aufgenommenen
 von Sammlungen einflusslich des Inventars.
 Der Provinzialverband übernimmt die Kosten von den
 beteiligten Vereinen zur Verwaltung des Museums
 und angestellter Personen und deren Beförderung.

• Münster, im 12. Juni 1907.

Kamern' des Provinzialverbandes
 der Provinz Westfalen:

Kammern' der
 Sammlungen

Kamern' des Westfälischen Provinzial-
 vereins für Wissenschaft und Kunst:

Mittler + Völkner
 P. 1204749 Kaym.

Kamern' des Westfälischen Vereins
 für Vogelkunde, Jagd und Tiergärterei:

Kamern' der
 Tiergärterei

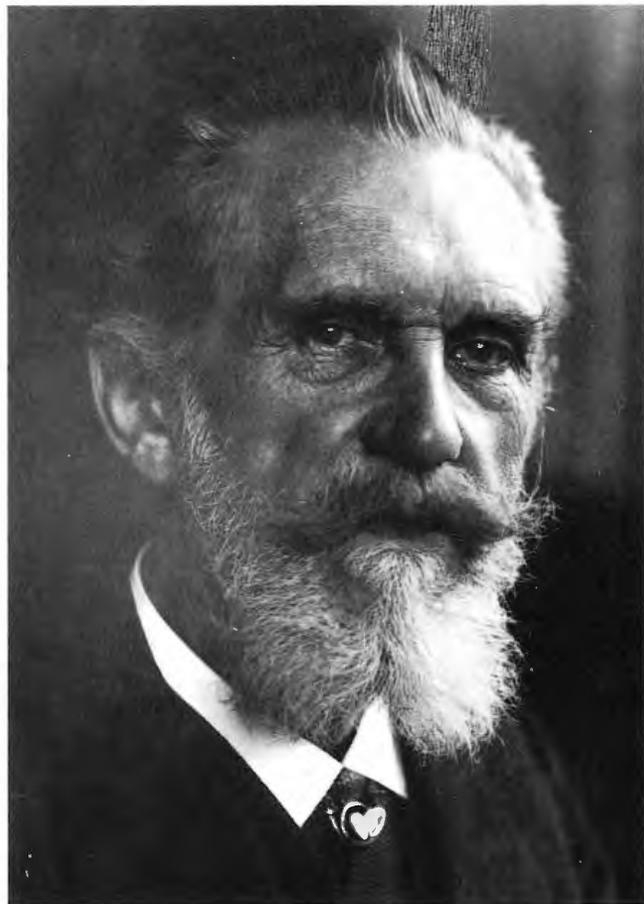
Kamern' der zoologischen
 Station für Westfalen und Lippe:

J. H. Reuter

Kamern' der botanischen Station:
 J. H. Reuter.

Kamern' der Westfälischen Gartenbauvereine:
 J. H. Reuter

Die Tätigkeit Reekers bestand zunächst darin, die Sammlungen zu ordnen und zu restaurieren. Dafür wurde das Museum kurz nach seinem Amtsantritt geschlossen und erst im Januar 1910 wieder geöffnet. Danach gliederte es sich in eine botanische, zoologische, anthropologische und geologische Abteilung sowie in die Bibliothek. Nach dem Tode Reekers am 4. Juli 1915 verpflichtete der Provinzialverband für die Dauer des Krieges den ehemaligen Präparator und das Vorstands-



Rudolph Koch

mitglied der Zoologischen Sektion Dr. Rudolph Koch (1855-1927) als ehrenamtlichen kommissarischen Direktor (10). Offenbar war die Verwaltung unschlüssig, wie mit einem Museum verfahren werden sollte, dessen Leitung ihr gleichsam unbeabsichtigt zugefallen war.

Diese Situation veranlaßte während des Krieges zwei Professoren der Universität Münster zu Vorschlägen, deren Verwirklichung eine engere Verbindung zwischen dem Naturkundemuseum und der Universität herstellen sollte. In einer Denkschrift vom 6. Oktober 1915 schlug der Nachfolger von Ballowitz, der Professor für Zoologie, Dr. Walter Stempell (11), vor, die zoologischen Sammlungen des Naturkundemuseums und des Zoologischen Instituts der Universität nach dem Vorbild der Universitätsstädte Breslau, Königsberg, München und Leipzig unter seiner Leitung zusammenzulegen. Demgegenüber bat in einer weiteren Denkschrift vom 1. Oktober 1918 der Professor für Geologie, Dr. Theodor Wegner, um die Überlassung der mineralogisch-geologischen Bestände des Naturkundemuseums für die Sammlung, die er im Geologischen Institut aufgebaut hatte.

In einer Stellungnahme zu den Denkschriften wies der kommissarische Direktor Koch darauf hin, daß das Naturkundemuseum im ersten Falle ein zoologisch orientiertes Universitätsmuseum werden und daß die bisher vernachlässigten botanischen, mineralogisch-geologischen und paläontologischen Sammlungen weiter verkümmern würden. Die Universitätsammlung würde zudem gegenüber der bestehenden Provinzialsammlung nichts Neues bieten. Im zweiten Falle würde das Naturkundemuseum ein Torso werden. Beide Vorschläge der Aneignung durch Verschmelzung wies Koch zurück (12). Die Provinzialverwaltung schloß sich dieser Auffassung an. Damit stand sie jedoch erneut vor der Aufgabe, sich selbst konzeptionelle Gedanken über die Zukunft des Provinzialmuseums für Naturkunde zu machen.

III. Das Provinzialmuseum für Naturkunde in der Weimarer Republik: Die Ära Reichling

1) Ausbau des Museums

Die Ausarbeitung eines Plans delegierte die Provinzialverwaltung an den 29jährigen Dr. Hermann Reichling, den sie am 15. Juli 1919 zum neuen Leiter des Provinzialmuseums für Naturkunde berufen hatte. Hermann Reichling, geboren am 24. Januar 1890 in Heiligenstadt (Eichsfeld), war der Sohn eines Professors am Gymnasium Paulinum in Münster. Nach dem Abitur hatte er in Münster Philosophie und Naturwissenschaften, vor allem Zoologie und Botanik, studiert und war im Jahre 1913 bei Professor Stempell mit einer ornithologischen Arbeit promoviert worden. Reichling hatte bereits als Demonstrator am Zoologischen Institut der Universität sowie im Provinzialmuseum für Naturkunde unter Dr. Reeker gearbeitet (13).

Nach der Amtsübernahme legte Reichling seine Auffassung über die Aufgaben des Museums und die Gründe, die gegen eine Angliederung an die Universität sprachen, in einer kleinen Denkschrift nieder. Er charakterisierte darin das Museum »als Sammlungsstätte für zoologische, botanische und petrefaktische Naturobjekte Westfalens, somit lediglich der Erforschung der heimischen Naturwelt und Förderung des Verständnisses für diese <dienend>. Daher bewegt sich auch die Aufgabe des Leiters dieses Museums lediglich in diesem begrenzten Rahmen: unsere Heimatprovinz im Verein mit landeskundigen Fachmännern auf den verschiedensten Gebieten der westfälischen Tier- und Pflanzenwelt, vor allem aber auf zoologischem Gebiete, möglichst exakt zu durchforschen, das gewonnene Beobachtungsmaterial wissenschaftlich zu verwerten und die gesammelten Objekte so übersichtlich geordnet unterzubringen, daß sie den Fachleuten und für naturwissenschaftliche Verhältnisse Westfalens interessierten Kreisen eine Quelle des Studiums und der Belehrung sind.« Über diese Bestandsaufnahme hinaus sollte das Museum »lokale Naturforschung« betreiben, »der Lai-



Hermann Reichling

enwelt und der Jugend Westfalens ... naturwissenschaftliche Anregung und Belehrung« vermitteln, »die heimische Natur- und Denkmalpflege auf zoologischen und botanischen Gebieten« zentralisieren und »die Liebe zur westfälischen Heimat ... wecken und ... fördern« (14). Dieses Programm nahm Ideen der westfälischen Heimatbewegung auf und konzentrierte zugleich das weitgespannte Programm Landois' auf den westfälischen Raum.

Mit der Bestellung Reichlings und der Vorlage seiner Denkschrift war klar, daß die Provinzialverwaltung das Naturkundemuseum selbständig weiterführen wollte. Reichling wurden ein Präparator, eine wissenschaftliche Hilfsarbeiterin, eine Sekretärin und ein Kastellan unterstellt. Im Unterschied zu seinen Vorgängern erhielt er auch zum ersten Mal Mittel für die Ergänzung der Sammlungen, so daß das Museum von den Schenkungen des Zoos, des Provinzialvereins und der Privatleute unabhängiger wurde. In seinen Ankäufen beschränkte sich Reichling nicht auf die Fauna und Flora Westfalens, sondern erwarb auch - ganz im Sinne Landois' - typische Einzelstücke aus anderen Ländern (15). Darüber hinaus baute er ein umfangreiches Bildarchiv auf. Es enthielt Aufnahmen, die er bei seinen naturkundlichen Exkursionen und den Bereisungen der Naturschutzgebiete gemacht hatte. Aus diesem Fundus gab er mehrere Postkartenserien heraus, die Naturschutzgebiete und -denkmäler zeigten. Außerdem wurde Reichling zu einem Pionier des Naturfilms: Er drehte über die Themen: »Der Krammetsvogel im Münsterland«, »Die Wildpferde im Merfelder Bruch bei Dülmen i.W.« (1929), »Wenn der Birkhahn balzt« (1930), »Die letzten Goldregen-



Kalkfelsen im Hönnetal

pfeiffer im Bourtanger Moor« (1930) und »Das Gildehauser Venn« (1932/33) (16).

Nach der Aufsetzung von 1 1/2 Geschossen konnte das Museum, das seit dem Ersten Weltkrieg fast durchgängig geschlossen war, im Jahre 1925 wieder eröffnet werden. Im Keller-geschoß waren die Wohnung des Kastellans und die Werkstätten untergebracht, im Erdgeschoß das Direktionszimmer sowie die Sitzungs-, Lese- und Bibliotheksräume. Im Lichthof standen neben den beiden von Professor Landois angekauften Seppenradener Riesenammoniten, den »größten bisher aufgefundenen Ammoniten der Welt«, Steinzeit- und Baumsargfunde mit Skeletten aus der jüngsten Steinzeit. Das obere Stockwerk enthielt in einem ersten Saal eine anatomische Sammlung und entsprechende Gipsmodelle. Ein zweiter Saal präsentierte eine Schausammlung der Tierwelt Westfalens. Ein dritter Raum war speziell den Vögeln gewidmet. Im botanischen Saal befanden sich Exponate zahlreicher Pflanzen Westfalens und anderer Regionen; sie waren in etwa 1.000 Mappen gepreßt bzw. in Glasschränken ausgestellt. Ein weiterer Saal enthielt Fische, Amphibien und Reptilien. Im obersten Geschoß waren die wichtigsten Mineralien, Spinnen, Insekten, Muscheln, Schwämme und Würmer ausgestellt. Darüber hinaus hingen in den Gängen Fotografien von Landschaften und Naturdenkmälern in Westfalen (17).

Nach der ebenfalls im Jahre 1925 erfolgten Einstellung des Botanikers Dr. Paul Graebner wurde auch die Botanische Schausammlung neu geordnet, erweitert und im Jahre 1931 der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht (18). Die Besucherzahlen des Museums entwickelten sich wie folgt:

Tabelle 1

Besucher des Provinzialmuseums für Naturkunde
1921/22 - 1932/33 (19)

Jahr	Besucher	Jahr	Besucher
1921/22:	14.000	1929/30:	24.711
1925/26:	31.396	1930/31:	19.728
1926/27:	25.571	1931/32:	18.327
1927/28:	20.840	1932/33:	24.980
1928/29:	21.714		

Die Besucherzahlen schwankten um 20.000 und betragen damit etwa zwei Drittel des gleichfalls in Münster angesiedelten und dem Provinzialverband unterstellten Landesmuseums für Kunst. Besondere Ausstellungen hielt Reichling in den Jahren 1926 und 1928 über den Naturschutz in Westfalen ab (20).

Eine weitere Aufgabe lag in der Herausgabe der »Abhandlungen aus dem westfälischen Provinzial-Museum für Naturkunde«, die seit dem Jahre 1930 erschienen. Seine eigene wissenschaftliche Arbeit konzentrierte Reichling auf die Erforschung der westfälischen Seen und Moore. Zu seiner Hauptaufgabe machte er jedoch den Naturschutz.



Provinzialmuseum für Naturkunde, 1928



Ausstellungsgestaltung um 1930

Riesenammoniten

2) Naturschutz

Der Beginn des staatlichen Naturschutzes läßt sich auf das Jahr 1898 datieren, als der Abgeordnete und spätere Direktor eines Realgymnasiums in Berlin, Wilhelm Wetekamp, im Preußischen Abgeordnetenhaus den Schutz der Natur und Nationalparks nach dem Vorbild Nordamerikas forderte. Bestimmte Gebiete sollten der Nutzung entzogen und nicht verändert werden: Kein Baum sollte gefällt, kein Berg abgetragen, kein Fluß begradigt, keine Pflanze ausgerissen und kein Tier getötet werden. Daraufhin beauftragte das preußische Kulturministerium den Direktor des Westpreußischen Provinzialmuseums, Professor Hugo Conwentz, mit der Abfassung einer entsprechenden Denkschrift.

Conwentz legte in seiner 1904 publizierten Denkschrift fest, ein Naturdenkmal sei »ein ursprünglicher, d. i. ein von kulturellen Einflüssen völlig oder nahezu unberührt gebliebener, lebloser oder belebter charakteristischer Naturkörper im Gelände, bzw. ein ursprünglicher charakteristischer Landschafts- und Lebenszustand in der Natur, von hervorragendem, allgemeinem oder heimatlichem, wissenschaftlichem oder ästhetischem Interesse« (21). Naturdenkmäler sollten wie Bau- und Kunstdenkmäler inventarisiert, gesichert und bekanntgemacht werden. Eine besondere staatliche Stelle für Naturdenkmäler sollte die verschiedenen Bestrebungen des Naturschutzes von der Beratung über die Inventarisierung bis hin zum Schutz durch Erwerb zentralisieren; ihr sollten Landeskommisionen beratend beigeordnet und Provinzialkommisionen untergeordnet werden.

Die Denkschrift fand große Resonanz; die Staatsverwaltung akzeptierte die Vorschläge. Conwentz galt seitdem als Begründer des deutschen Naturschutzes und die Naturdenkmalpflege als »das jüngste Kind der Denkmalpflege« (22). Er wurde im Jahre 1906 mit dem Aufbau einer »Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen« beauftragt. Diese dem preußischen Kultusministerium untergeordnete Stelle sollte alle Bestrebungen zur Ermittlung, Erforschung und Erhaltung von Naturdenkmälern fördern, jedoch nicht selbst den Naturschutz übernehmen. Die praktische Arbeit sollten nach einem Ministerialerlaß vom 30. Mai 1907 Komitees für Naturdenk-



Hugo Conwentz

malpflege auf Provinz-, Bezirks- und Kreisebene übernehmen, deren Vertreter sich aus den staatlich-provinziellen Verwaltungen sowie den naturkundlichen Vereinen zusammensetzen sollten (23).

Dementsprechend wurde im Jahre 1908 auch in der Provinz Westfalen ein Provinzialkomitee für Naturdenkmalpflege gegründet. Den Vorsitz teilten sich der Oberpräsident der Provinz und der Landeshauptmann des Provinzialverbandes

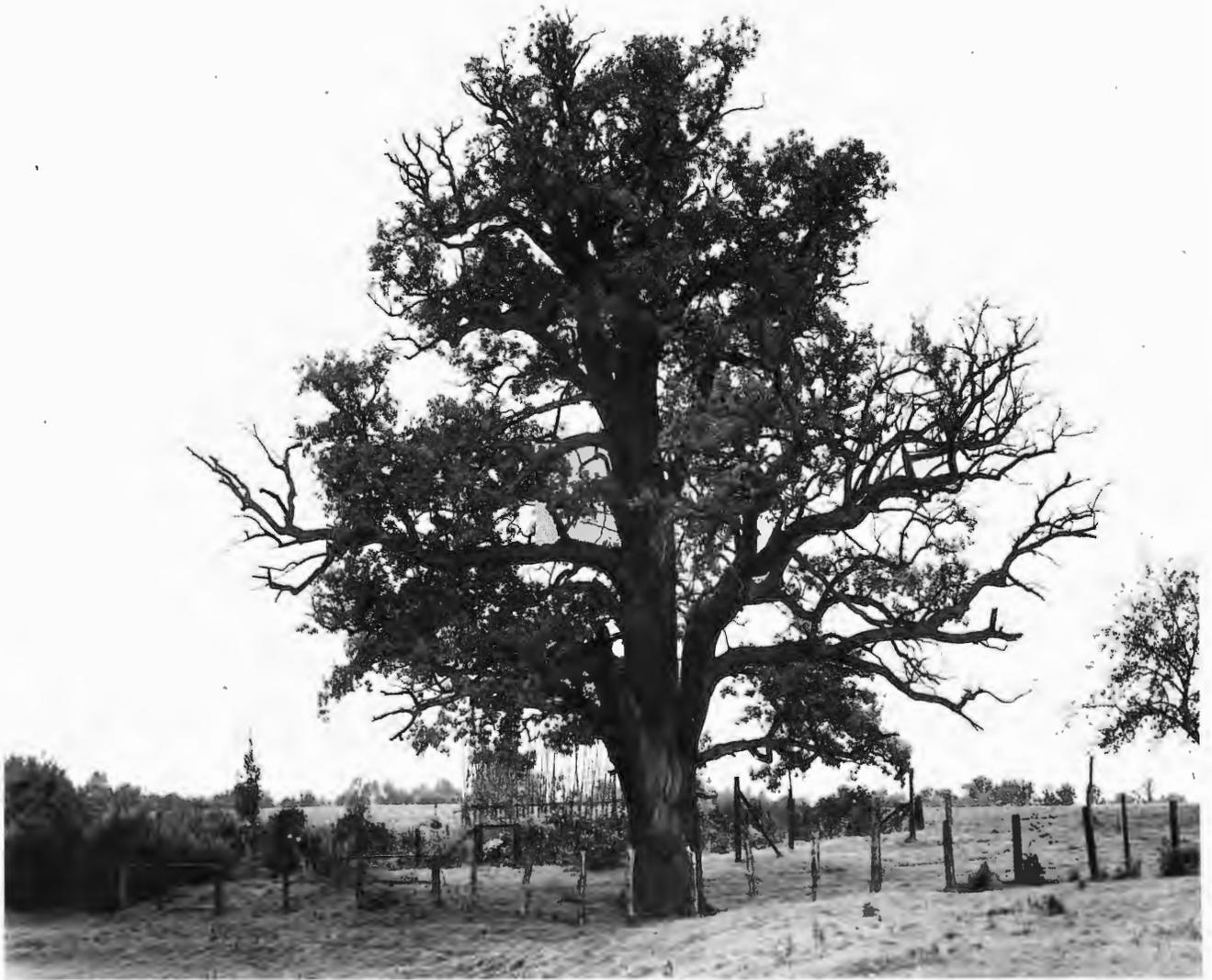
Westfalen, die Geschäftsführung ein Vertreter der Universität Münster sowie der Leiter des Provinzialmuseums für Naturkunde, Hermann Reeker (24). Dieses Komitee kaufte in der Folgezeit mehrere »Naturdenkmäler« an bzw. stellte Geld zu ihrer Erhaltung zur Verfügung (25). Dahinter standen die Ziele, Naturschönheiten zu erhalten sowie Anziehungspunkte für den Fremdenverkehr und für das Wandern zu sichern. Letzteres würde der »physischen und moralischen Gesundung unserer Jugend« dienen (26). Der Naturschutz wurde also wie der Heimatschutz insgesamt mit ästhetischen, wirtschaftlichen und volkspädagogischen Zielen motiviert.

Die Weimarer Verfassung hatte die Aufgabe des Naturschutzes den einzelnen Ländern übertragen; das Land Preußen delegierte diese Aufgabe jedoch an die Provinzialverbände, weil man glaubte, daß sie als regionale Selbstverwaltungsorganisationen die kulturellen Aufgaben in ihrer Region besser erfüllen könnten. Am 15. August 1924 übernahm in Westfalen der Landeshauptmann, d. h. der Leiter des Provinzialverbandes, vom Oberpräsidenten den Vorsitz des Provinzialkomitees für Naturdenkmalpflege (27). Am 8. November 1926 wurde das Westfälische Provinzialkomitee für Naturdenkmalpflege neu konstituiert. Zum Geschäftsführer berief der Landeshauptmann den Direktor des Naturkundemuseums, Hermann Reichling.

Reichling hatte seine Auffassung über die Aufgaben des Naturschutzes im Jahre 1925 in einem Zeitungsartikel niedergelegt. Darin konstatierte er die zunehmende Bedrohung der Natur und rief dazu auf, »so schnell wie möglich die erforderlichen Schritte einzuleiten, um vor weiteren kulturellen Einflüssen zu retten, was an ursprünglichen, für unsere Heimat charakteristischen Naturdenkmälern und Landschaftsformen noch zu retten ist. In Frage kommen hauptsächlich Reste urwüchsiger Waldpartien, unberührte Moore, Heiden, Flußtäler, Felsspalten, Binnenlanddünen, Gebilde der Eiszeit, Endmoränen, erratische Blöcke, charakteristische Gewässer, Quellen, verlandende Seen, bemerkenswerte alte Bäume und Sträucher sowie alle seltenen und dem Aussterben begriffenen Pflanzen- und Tierarten. Uns Heimatfreunden und Naturschützern kommt es ... besonders darauf an, innerhalb unserer Provinz außer einzelnen Naturdenkmälern möglichst

zahlreiche kleinere oder noch besser größere Naturschutzreservate zu schaffen, die vermöge ihrer Ausdehnung auch wirtschaftliche Naturschutzgebiete darstellen und ihrer gesamten Flora und Fauna ein letztes Asyl zu gewähren imstande sind«. Außerdem wollte Reichling die Naturdenkmäler inventarisieren und dokumentieren (28).

Unter seiner Geschäftsführung vollzog sich der Übergang vom Objekt- zum Landschaftsschutz. Eine typische Maßnahme zugunsten des objektbezogenen Naturschutzes war die Ausgabe von Fragebögen, mit denen bemerkenswerte Bäume in Westfalen erfaßt werden sollten. Diese Aktion war bereits im Jahre 1910 angelaufen und wurde unter Reichling fortgesetzt. Hierbei kamen Hunderte von Fragebögen mit detaillierten Angaben und zum Teil mit Bildern versehen zusammen (29). Anträge auf finanzielle Unterstützung zur Erhaltung dieser Bäume lehnte Reichling jedoch durchweg ab, da dies Sache der lokalen Stellen sei. Er konzentrierte sich vielmehr auf die Erfassung und Sicherung naturschutzwürdiger Gebiete.



Alte Eiche an der Ems bei Haus Langen/Handorf, 1931

Die Prüfung der bestehenden und die Erschließung neuer Naturschutzdenkmäler und -gebiete veranlaßten Reichling zwischen Frühjahr und Herbst eines jeden Jahres zu ausgedehnten Reisen durch Westfalen. Erschien das vorgeschlagene Gebiet als schutzwürdig, so versuchte er die entsprechenden Kommunen oder Landkreise dazu zu bewegen, es anzupachten oder anzukaufen und einer Nutzung zu entziehen (30). Nur in Ausnahmefällen wollte der Provinzialverband Gebiete anpachten oder die entsprechende Kommune bzw. den Naturschutzverein finanziell beim Erwerb von Naturschutzgebiete

ten unterstützen (31). Die bedeutendste Ausnahme wurde im Jahre 1927 gemacht, als der Provinzialverband das 55 Hektar umfassende Gebiet des »Heiligen Meeres« im Kreis Tecklenburg erwarb. Es handelte sich um das größte Binnengewässer Westfalens, dessen Umgebung zahlreiche Heide- und Hochmoorformationen mit bedeutenden Brutrevieren aufwies.

Die Maßnahmen zur Erhaltung des Heiligen Meeres zeigen die Probleme der Naturschutzarbeit in den 1920er und 1930er Jahren; sie seien deshalb beispielhaft referiert. Mitte 1927 erfuhr Reichling, daß der Mitinhaber der Verlagsbuchhand-



Naturschutzgebiet „Heiliges Meer“, Großes Heiliges Meer

lung Copenrath in Münster, Josef Copenrath, seine Besetzung am Heiligen Meer bei Hopsten verkaufen wolle (32). Er wies den Landeshauptmann darauf hin, daß bei einem Verkauf die Gefahr der Zerstörung des Heiligen Meeres bestehe. Es sei der einzige größere natürliche See der Provinz Westfalen und ein Naturdenkmal ersten Ranges. Entstanden durch den Einbruch der Erdoberfläche infolge der Auslaugung eines Gipssteinsalzlagers, sei seine Pflanzenwelt vollständig natürlich und typisch für verlandende Seen. »Wie es bei keinem anderen Gewässer der Provinz Westfalen der Fall ist, sind hier ohne

Ausnahme sämtliche Stadien der Entwicklung der Pflanzenwelt von der Flora des freien Wassers bis zur Schlußformation des Hochmoores zu beobachten. Von ganz besonderem floristischen Interesse ist die Tatsache, daß die Pflanzenwelt des »Heiligen Meeres« und seiner Umgebung wegen der Ursprünglichkeit und Unberührtheit noch heute eine beträchtliche Anzahl von Arten aufweist, die infolge der immer weiter fortschreitenden Kultivierung der Moore und Trockenlegung der natürlichen Gewässer schon äußerst selten geworden sind.



Naturschutzgebiet „Heiliges Meer“, Erdfallsee

Dasselbe gilt naturgemäß auch von der Tierwelt des Sees« (33). In der Tat kaufte der Provinzialverband im Jahre 1927 das Gebiet des Heiligen Meeres und in der Folgezeit weitere Grundstücke entlang des Seeufers sowie einen benachbarten Erdfallsee (34). Die Erklärung des Heiligen Meeres zum Naturschutzgebiet blieb nicht ohne Widerspruch bei der ansässigen Bevölkerung und einigen Urlaubern. Sie wollten den im Naturschutzgebiet liegenden Erdfallsee weiter als Badestelle nutzen. Die Verhängung eines Badeverbotes, die eine von Reichling inspirierte Polizeiordnung vorsah, würde dem für Hopsten wirtschaftlich notwendigen Fremdenverkehr schaden (35).

Reichling als Staatlicher Kommissar für Naturdenkmalpflege in Westfalen lehnte den Einspruch ab, da das Baden die ungestörte Entwicklung der Natur beeinträchtigt. Daraufhin stellte am 3. Juni 1930 der Bürgermeister der Ämter Hopsten und Schale ebenfalls einen Antrag, das Baden im Gebiet des Heiligen Meeres zu erlauben, um den Bau einer Badeanstalt zu ersparen und den Schulkindern der Gemeinde Hopsten sowie den auswärtigen Sommergästen eine Bademöglichkeit zu geben. Auch diesen Antrag lehnte Reichling mit der gleichen Begründung ab (36).

So wie die Hopstener Sommergäste auf die Badeerlaubnis verzichten mußten, so wies der Naturschutzkommissar auch alle Anträge auf Fischereierlaubnis für das Heilige Meer und den Erdfallsee ab, um das Gebiet möglichst unberührt zu halten (37). Dagegen gab es bis zum Erlaß des Reichsnaturschutzgesetzes im Jahre 1935 keine Handhabe, in das Jagdrecht einzugreifen (38). Das Jagdverbot führte jedoch zu Beschwerden der angrenzenden Siedler. Sie mußten auf ihren Äckern Wildschäden durch Kaninchen, Fasane und Füchse erleiden, weil diese sich aufgrund des Jagdverbotes innerhalb des Naturschutzgebietes ungehemmt vermehren könnten. Daraufhin erteilte der Landeshauptmann die Erlaubnis zum Abschließen dieser Tiere (39).

Die Einzigartigkeit dieses Naturschutzgebietes brachte Reichling in den Jahren 1932/33 auf den Gedanken, das ehemals dem Verleger Coppenrath gehörige Wohngebäude am Heiligen Meer zu einer Caf wirtschaft für die Besucher des Naturschutzgebietes und zu einer hydrobiologischen



Station „Heiliges Meer“

Forschungsstation umzubauen. Während im Jahre 1934 ein Caféhaus eingerichtet werden konnte (40), blieb die Errichtung der wissenschaftlichen Station mangels eines geeigneten Leiters bis zum Jahre 1945 aus.

Insgesamt konnten während der Weimarer Republik in der Provinz Westfalen nicht nur eine Organisation des Naturschutzes aufgebaut werden, die auf zahlreichen Vertrauensleuten beruhte, sondern auch nach dem Erwerb des »Heiligen Meeres« fünf weitere Naturschutzgebiete angepachtet werden: der Ziegen- und Bielenberg (Kreis Höxter), die B lheimer Heide bei Lichtenau (Kreis B ren), das Hangmoor Hamorsbruch bei Warstein (Kreis Arnsberg), der Kahle Asten (Kreis Brilon) und das Sundwiger Felsenmeer (Kreis Iserlohn) (41). Bis 1932 waren in Westfalen 56, d. h. knapp 20 % aller preußischen Gebiete, und mehrere hundert Bäume unter Naturschutz gestellt; die meisten Gebiete waren von den Naturschutzvereinen in Münster und Bielefeld sowie dem Sauerländischen Gebirgsverein angekauft oder gepachtet worden (42). Westfalen zählte dank der Aktivitäten Reichlings zu den führenden Provinzen Preußens auf dem Gebiet des Naturschutzes.

IV. Das Provinzialmuseum für Naturkunde im Dritten Reich: Die Ära Rensch

1) Neuordnung des Museums

Der Beginn des Dritten Reiches führte dazu, daß an die Spitze des Provinzialverbandes Westfalen ein Nationalsozialist, Karl Friedrich Kolbow, gestellt wurde. Der letzte Kulturdezernent der Weimarer Republik, Dr. Ernst Kühl, wurde dagegen nicht abgelöst. Er nutzte vielmehr die Möglichkeiten des nationalsozialistischen Herrschaftsystems, um seine Konzeption der Kulturpolitik mit der Unterstützung des Landeshauptmanns und unbehindert durch die Kontrolle der Parteien durchzusetzen. Kühl schwebte vor, das Provinzialmuseum stärker auf das Ziel der Volksbildung auszurichten und die naturwissenschaftliche Forschung in Westfalen zu beleben. Er bezweifelte jedoch, daß der Direktor des Provinzialmuseums, Hermann Reichling, diese Vorstellungen umsetzen wollte, da dieser der Schausammlung bislang nur wenig Interesse gewidmet hatte und sich als wenig zugänglich für seine Vorstellungen erwiesen hatte.

Kühl versuchte deshalb mit den Mitteln des Dienstrechtes Reichling von seinem Posten zu entfernen; dazu bediente er sich der mehrfachen Beanstandungen der Geschäftsführung und des Auftretens Reichlings in der Öffentlichkeit (43). In der Tat gelang es der Provinzialverwaltung Ende 1933/Anfang 1934 unter Berufung auf eine unkorrekte finanzielle Geschäftsführung im Provinzialmuseum für Naturkunde sowie unter Hinweis auf Gerüchte über ein anstößiges Privatleben, Reichling vom seinem Direktorenposten zu entfernen (44).

Auf dessen Einspruch hin hob jedoch das preußische Oberverwaltungsgericht am 30. Dezember 1935 die Amtsenthebung auf und verfügte statt dessen eine befristete Gehaltskürzung. Der Wiedereinsetzung Reichlings als Direktor des Naturkundemuseums stand damit nichts mehr im Wege, hätte er sich nicht Mitte 1934 bei einem Wirtshausgespräch despektierlich über Mitglieder der Reichsregierung geäußert. Er wurde denunziert und in das KZ Esterwegen eingeliefert. Reichling wurde zwar bald wieder aus dem KZ entlassen und

klagte erfolgreich gegen den KZ-Kommandanten sowie ein Mitglied der Wachmannschaft wegen der in der Haft erlittenen körperlichen Schädigungen, die Provinzialverwaltung strengte jedoch nach seiner KZ-Einlieferung ein zweites Disziplinarverfahren gegen ihn an und enthob ihn deshalb am 3. Januar 1936 erneut seines Amtes. Auch dagegen legte Reichling Beschwerde ein (45).

Als sich abzeichnete, daß Reichling wiederum Erfolg haben würde, d. h. weder juristisch noch politisch aus seinem Amt zu entfernen war, erreichte der Landeshauptmann schließlich aufgrund einer direkten Intervention im Reichsministerium des Innern, daß auf Reichling § 5 des Berufsbeamtengesetzes angewandt werden konnte. § 5 ermöglichte die Degradierung eines Beamten, »wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert« (46).

Daraufhin wurde Reichling zwar mit seinem Direktorengeloh und unter Beibehaltung des Direktorentitels wieder angestellt, durfte aber nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren, sondern mußte einen Forschungsauftrag aus seinem Interessengebiet übernehmen. Er beinhaltete die Untersuchung der aussterbenden Vogelwelt der nordwestdeutschen Moore. Die Konzeption des Werkes blieb ihm überlassen; die Kontrolle und Finanzierung sollten nicht bei der Provinzialverwaltung, sondern bei der obersten Naturschutzbehörde liegen. Letztlich sollte Reichling auf den Posten des Leiters einer Vogelschutzstation abseits von Münster abgeschoben werden. Obwohl Reichling seinen Anspruch auf den Direktorenposten weiter behauptete, mußte er schließlich einen Forschungsauftrag zum Thema »Die Natur des Dümmer« übernehmen. Mit mehrfachen Verlängerungen beschäftigte ihn dieses Werk bis zum Ende des Dritten Reiches (47).

Nach Beginn der Kampagne gegen Reichling, d. h. im Oktober 1933, hatte die Provinzialverwaltung seinen wissenschaftlichen Mitarbeiter, Dr. Paul Graebner, der zugleich NS-Fachberater für Naturschutz und heimatliche Naturkunde der Gaue Westfalen Nord und Süd war, als kommissarischen Direktor und kommissarischen Geschäftsführer des Westfälischen Provinzialkomitees für Naturdenkmalpflege eingesetzt (48). Graebner entwickelte seine Vorstellungen über die Aufgaben des Provinzialmuseums in einer kleinen Denkschrift. Er sah

vor allem vier Aufgaben, deren Bearbeitung »in den Anfängen steckengeblieben« seien:

1. »Das Museum als Zentralstelle der naturwissenschaftlichen Heimatforschung
2. das Museum als Volksbildungsstätte
3. Bearbeitung des staatlichen Naturschutzes der gesamten Provinz
4. Zusammenfassung der Heimatbewegung in der Provinz, soweit sie auf dem Gebiet der Naturkunde und des Naturschutzes tätig ist«.

Diese Aufgabenstellung spiegelte bruchlos die Vorstellungen des Kulturdezernenten wider. Neu brachte Graebner den Gedanken ein, die Sammlungen des Museums nicht systematisch, sondern ökologisch zu ordnen. Damit wollte Graebner »das Zusammenleben der Tiere und Pflanzen untereinander, das Wesen der Pflanzen- und Tiergesellschaft, wie sie sich Wanderern auf Schritt und Tritt darstellen, in den Vordergrund ... stellen« (49).

Diese Gedanken setzten Graebner und der Anfang 1935 eingestellte wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Helmut Beyer dadurch um, daß sie einen Raum einrichteten, der die Naturgeschichte sowie Beispiele des Naturschutzes in Westfalen darstellte. Aus der Perspektive eines Betrachters zeigte sich der Raum wie folgt: »Um zunächst einen allgemeinen Überblick über die Verschiedenheit des westfälischen Bodens zu geben, hat man eine Landkarte zusammengestellt, um nach dem Bewuchse des Bodens die landschaftliche Formation klar hervortreten zu lassen, also vornehmlich Heide, Buchenwald, Eichenschälwaldgebiet usw. Eine dicke weiße Kordel, die sich in westöstlich gerichteter Schlangenlinie quer durch die Karte zieht, deutet die Südgrenze des weitesten Vordringens der Vereisung, also wohl der letzten Eiszeit, an«. Außerdem hingen an den Wänden dieses Raumes Photos von »Bäumen und Baumgruppen, Bachläufen und Tümpeln, einzelne Felsen und Felsgruppen, Findlingen, Standorten seltener Pflanzen usw.« Ferner wurden in Vitrinen die Pflanzen und Vögel gezeigt, die unter Naturschutz standen. An der Wand hing neben einer Karte, die die Verteilung der Naturschutzgebiete in Westfalen darstellte, ein Spruch Hitlers: »Die deutsche Landschaft ist unter allen Umständen zu erhalten. Denn sie ist



Bernhard Rensch

und war von jeher die Quelle der Kraft und Stärke unseres Volkes« (50).

Da die Provinzialverwaltung Graebner jedoch nicht für geeignet hielt, den Direktorenposten auf Dauer einzunehmen (51), schrieb sie Anfang des Jahres 1935 den Posten des Direktors des Naturkundemuseums öffentlich aus. Aus den Bewerbern wurde Dr. Bernhard Rensch ausgewählt. Rensch, am 21. Januar 1900 in Thale am Harz als Sohn eines Postsekretärs

geboren, hatte nach dem Abitur und der Teilnahme am Ersten Weltkrieg Naturwissenschaften an der Universität Halle studiert. Er war im Jahre 1922 mit einer zoologischen Arbeit bei Professor Haecker promoviert worden. Danach arbeitete er als Volontärassistent am Zoologischen Museum in Berlin, dann als Assistent am Institut für Pflanzenbau an der Universität Halle. Im Jahre 1925 wurde er Assistent und Leiter der Molluskenabteilung am Zoologischen Museum der Universität Berlin (52). Rensch hatte zahlreiche Publikationen zu zoologischen, rassenkundlichen und rassengeographischen Problemen verfaßt und sich mit den Determinanten der Evolution, vor allem der Frage nach den Einflüssen der Umwelt auf die Organismen, beschäftigt. Er genoß einen wissenschaftlich und menschlich hervorragenden Ruf und wurde dem Provinzialverband allseitig empfohlen (53).

Rensch hatte sich in Münster beworben, weil er sich an seiner Berliner Arbeitsstätte nicht habilitieren konnte und weil er gerade wegen mangelnder Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Weltanschauung entlassen worden war. Seine museale Erfahrung, sein wissenschaftlicher Ruf und seine moderne, Rassen- und Artenfragen berücksichtigende Forschungsthematik machten ihn für die Provinzialverwaltung interessant. Anlässlich eines Besuches in Berlin bat der Landeshauptmann Kolbow Rensch um ein Gespräch und lud ihn anschließend zu einem Besuch nach Münster ein.

Rensch informierte sich vor Ort über die Aufgaben und Möglichkeiten des Naturkundemuseums und bekam durch Vermittlung Kühls von den Professoren Mevius und Weber die Perspektive auf Habilitation und Lehre an der Universität Münster zugesichert (54). Auf Anregung Kühls sandte er der Provinzialverwaltung eine Ausarbeitung über die Aufgaben, die das Provinzialmuseum für Naturkunde und der Naturschutz in Westfalen erfüllen könnte. Darin erklärte er, die Ordnung des Naturkundemuseums in Münster genüge »den heutigen Bedürfnissen in keiner Weise«. Er wollte an die Stelle eines »Stoff-Museums« ein »Problem-Museum« setzen und die Ergebnisse der Vererbungsforschung, Eugenik, Abstammungslehre, Schädlingskunde, Heimatforschung und des Naturschutzes an Beispielen illustrieren. Darüber hinaus wollte er Lichtbildervorträge, Exkursionen und Wanderausstellun-

gen organisieren sowie die Kontakte mit der Presse, den politischen Organisationen, dem WHB und dem Bund »Natur und Heimat« intensivieren. Damit sollte das Naturkundemuseum der Heimatbewegung und einer breiteren Öffentlichkeit besser zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus plante Rensch offenbar auch die Verdeutlichung einiger Grundelemente der zeitgenössischen und nationalsozialistischen Rassenanschauungen (55).

Bevor Rensch eingestellt wurde, mußte der Fall Reichling endgültig entschieden sein. Als diese Entscheidung im Herbst 1936 gefallen war, wurde Rensch ganz unerwartet vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP-Gauleitung Groß-Berlin als Neolamarckist und damit als »ungeeignet« für den Posten in Münster bezeichnet (56). Diesen Einspruch, der letztlich auf das Urteil eines Berliner Konkurrenten, Dr. Hecht, zurückging, konnte Kolbow jedoch nach Rücksprache mit dem Zoologen Mevius von der Universität Münster sowie den Gauleitungen in Münster und Berlin entkräften (57). Rensch wurde schließlich am 22. Februar 1937 als Direktor des Provinzialmuseums für Naturkunde in Münster eingestellt. Nach seinem Amtsantritt erstellte er ein detailliertes Programm für den Landesrat Kühl im Sinne seiner ersten Ausführungen; dieser versah es mit der Bemerkung, es sei »nach jeder Richtung zufriedenstellend« (58). Dann übernahm Rensch mit Nachhilfe der Provinzialverwaltung die Leitung der naturkundlichen Organisationen in Westfalen. Zuerst vereinigten sich der Westfälische Botanische, der Westfälische Zoologische und der Westfälische Naturschutzverein e.V. zu einem »Westfälischen Naturwissenschaftlichen Verein«. Dessen Mitglieder wählten Rensch am 15. April 1937 zum Vorsitzenden (59). Dann wurde ihm ein Monat später die Leitung des »Bundes Natur und Heimat« (60) sowie die Schriftleitung der gleichnamigen Zeitschrift übertragen (61).



Westf. Provinzialmuseum für Naturkunde, 1935

Rensch machte die Umorganisation des Naturkundemuseums zum Schwerpunkt seiner Arbeit (62). Dabei konnte er sich auf die beiden wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Paul Graebner und Dr. Hans Beyer, den Tierpräparator Willy Vornefeld, den Fotografen Willy Hellmund, einen Tischler, einen Sekretär und eine Sekretärin sowie einen Hausmeister stützen. Rensch fand das Museum im wesentlichen als eine stark zoologisch geprägte, nach systematischen Kriterien gegliederte Sammlungsstätte vor. Eine Ausnahme bildete offenbar der von Graebner und Beyer gestaltete Naturschutzsaal. Methodische Grundlage der Neukonzeption von Rensch war die alte Überlegung, daß »im Gegensatz zu einem Kunstmuseum, in dem in erster Linie die Objekte selbst auf den Beschauer wirken sollen ... ein naturwissenschaftliches Museum die Aufgabe <habe> zu belehren« (63). Es ging Rensch um »eine völlige Umgestaltung der systematischen Anordnung in eine gegenwartsnähere Darstellung der allgemein-wichtigen biologischen Probleme« (64). Dazu wollte er die Sammlungen teils nach den Kriterien der Evolution, teils nach Problembereichen ordnen und die einzelnen Objekte in ihrer Umwelt, in Biotopen, so z. B. die Tiere in ihrer Lebensgemeinschaft, darstellen.

Rensch veranschlagte die Zeit für die Neugestaltung des Naturkundemuseums auf etwa zehn Jahre (65). Kurz nach seinem Dienstantritt schloß er das Museum, damit Umbauarbeiten vorgenommen werden konnten. Der große Lichthof wurde durch die Einziehung neuer Decken aufgehoben, so daß zwei neue Räume entstanden. Danach wurde Saal für Saal neu eingerichtet. Alte Schränke ersetzte man durch neue mit Innenbeleuchtung, stellte Vitrinen, deren Inhalt von allen Seiten betrachtet werden konnte, in der Mitte der Säle auf und beschaffte neue Ausstellungsgegenstände. Anstelle der bisherigen einfachen Bezeichnungen und des Zusatzes »Geschenk von NN« wurden kurze Erläuterungen gegeben.

Am 26. Februar 1941 konnte das Museum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (66). Es gliederte sich jetzt wie folgt: Der Mittelraum im Erdgeschoß, in dem die beiden Riesenammoniten standen, dokumentierte die Vererbungs- und Abstammungslehre. Hier wurde die biologische Regel veranschaulicht, daß die Entwicklung meist von kleinen zu

großen Formen verlaufe. Der Prozeß der stammesgeschichtlichen Entwicklung der Lebewesen wurde an Schautafeln, die Erbregelein an Hühnermodellen erläutert. Die vom Gauleiter Meyer gewünschte Darstellung der NS-Rassenauffassung lehnte Rensch mit Unterstützung des Landeshauptmanns Kolbow ab (67).

Riesenammoniten ▷



Ursprungszahl der Tiergruppen, aus denen sich der Mensch entwickelte

Der heutige Mensch (Homo sapiens) entstand vor etwa 100 000 Jahren

Der Urneanderthal (Homo neanderthalensis) entstand vor etwa 400 000 Jahren

Der erste Mensch (Homo habilis) entstand vor etwa 2 000 000 Jahren

Der erste Affe (Homo rudolfensis) entstand vor etwa 24 000 000 Jahren

Der erste Nagetier (Homo) entstand vor etwa 400 000 000 Jahren





Vitrinengestaltung

Die Abhängigkeiten der Entwicklungen im Tierreich von den ökologischen Bedingungen des Lebensraumes wurden am Beispiel der Vögel dokumentiert. Hier zeigten verschiedene Modelle der Möwe aus zahlreichen Ländern der Erde die Anpassung an die jeweilige Umwelt. Das Prinzip der natürlichen Auslese exemplifizierte Rensch an der Entwicklung von Schutz- und Warnfarben im Tierreich. Ein chronologischer Stammbaum der Wirbeltiere sollte die naturgeschichtliche Entwicklung von den Fischen über die Reptilien bis hin zu den Vögeln und Säugetieren veranschaulichen. Die Abstammung des Menschen von tierischen Vorfahren wurde ebenfalls dargestellt; eine graphisch gestaltete Zeittafel sollte die einzelnen Entwicklungsschritte verdeutlichen.

Ein zweiter Raum im Erdgeschoß zeigte die Arbeit des Naturschutzes. Auf einer Karte Westfalens waren die Naturschutzgebiete eingetragen und durch Nadeln bzw. durch Abbildungen und Präparationen die einzelnen Naturdenkmäler von den Bäumen über die Findlinge bis hin zu den Quellen und Felsgruppen markiert.

Der erste Stock dokumentierte die Entwicklung der landschaftlichen Nutztiere. Daran schlossen sich mehrere Schauschränke mit den größeren einheimischen Säugetieren und Vögeln an, die in ihrer natürlichen Umgebung gezeigt wurden. Die restliche Fläche des Stockwerks sollte den Wirbeltieren und vor allem der Fortpflanzungsbiologie gewidmet werden.

Im zweiten Stockwerk waren die einheimischen Amphibien und Reptilien ausgestellt. Sie befanden sich nicht in Spiritusgläsern, sondern waren so präpariert, daß sie wie lebendig erschienen. Außerdem befanden sich im zweiten Stockwerk die botanische Schausammlung sowie die wirbellosen Tiere und die Insekten. Ihre Präsentation sollte nach dem Ende des Krieges »im zweiten Stockwerk zwei weitere Räume heimischen wirbellosen Tieren und die beiden restlichen Räume heimischen schädlichen Tieren und Pflanzenkrankheiten« widmen sowie in den restlichen Räumen »allgemeine Probleme der Biologie veranschaulichen« (68). Rensch berücksichtigte in den Schausammlungen nicht allein westfälische Fauna und Flora, sondern nahm auch überseeische Tiere und Pflanzen auf.



Dermoplastik eines Schimpansen

Die Eröffnung des Museums Anfang 1941 zeigte nur einen provisorischen Zustand; der weitere Ausbau stockte vor allem deshalb, weil das wissenschaftliche Personal eingezogen war (69). Als Rensch sich im Verlauf des Krieges eine langwierige Krankheit zuzog, wurde er vom Provinzialverband wieder für den Dienst im Provinzialmuseum reklamiert (70). Im Juli

1942 konnte er die Leitung des Naturkundemuseums wieder übernehmen und an der Neuordnung der Sammlungen weiterarbeiten. Nachdem Münster jedoch am 10. Oktober 1943 durch Fliegerangriffe schwer getroffen worden war, mußte er das Museum wieder schließen. Rensch strebte zwar eine baldige Wiedereröffnung an, »da mir in letzter Zeit aus allen Kreisen der Besucher immer wieder versichert wurde, wie dankbar es empfunden wird, im Naturkundemuseum belehrende Entspannung, Förderung der Naturverbundenheit und Ablenkung zu finden. In dieser Beziehung steht das Museum in keiner Weise hinter anderen kulturellen Veranstaltungen zurück (wie Theater, Konzerte usw.).« In der Tat fand das Naturkundemuseum nach seiner Wiedereröffnung große Resonanz. Während es zwischen 1933 und 1935 von durchschnittlich 27.000 Personen besucht worden war, zählte es zwischen dem

1.3.1941 - 31.12.1941: 20.295

1.1.1942 - 31.12.1942: 34.679

1.1.1943 - 10.10.1943: 32.691 Besucher (71).

Die anhaltenden Angriffe erlaubten jedoch die Wiedereröffnung nicht. Statt dessen wurden die Bestände ausgelagert, so daß sich die Zerstörungen des Museums, als es im Oktober und November 1944 durch Fliegerangriffe getroffen wurde, auf das Gebäude beschränkten (72).

Rensch hatte sich noch im Jahre 1937, dem Jahr seines Amtsantrittes in Münster, habilitiert. Am 9. März 1938 hatte ihm die Universität Münster eine Dozentur, am 13. März 1943 eine außerplanmäßige Professur verliehen. Am 12. Januar 1944 forderte ihn das Kultusministerium auf, eine Lehrstuhlvertretung für Zoologie in Prag zu übernehmen. Er nahm das Angebot an, wurde dazu von der Provinzialverwaltung beurlaubt, gab den verbliebenen Mitarbeitern ein Arbeitsprogramm vor und führte die Geschäfte des Museums aus der Ferne (73).

Nach Kriegsende standen für den Wiederaufbau des Naturkundemuseums gleich zwei Direktoren zur Verfügung. Zum einen kehrte Rensch, als sich seine Hoffnung auf die Übertragung des Prager Lehrstuhles zerschlug, im Juli 1945 nach Münster zurück. Zum anderen machte Reichling nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches seine Ansprüche auf den Direktorenposten erneut geltend und wurde vom Oberpräsidenten im Juli 1945 wieder auf den Posten des Direktors des Provinzialmuseums für Naturkunde eingewiesen. Darüber hinaus wurde er erneut Direktor des Westfälischen Zoologischen Gartens und Landesbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege in Westfalen. Nachdem ein Versuch des Landeshauptmanns Salzmann zunächst gescheitert war, für Rensch eine Position an der Universität Münster zu erwirken, verteilte die Provinzialverwaltung die Aufgaben zwischen beiden dahingehend, daß Reichling die Gesamtleitung des Museums gemäß Anweisung des Oberpräsidenten behielt und Rensch mit der Neuordnung der Bibliothek, dem Ausbau der Schausammlung und der Aufgabe der biologischen Landesforschung bedacht wurde. Rensch wurde schließlich Ende 1947 zum Ordinarius für Zoologie an der Universität Münster berufen und schied aus dem Provinzialverband aus. Er bewarb sich aber, als Reichling am 6. Mai 1948 starb, wieder um den Posten des Direktors im Provinzialmuseum für Naturkunde. Die Provinzialverwaltung berief ihn erneut, um seine Qualifikation und Erfahrungen zu nutzen und offenbar auch, um eine »Wiedergutmachung« zu leisten; daraufhin amtierte er nebenamtlich bis Ende 1955 (74).

2) Naturschutz

Bereits in der Weimarer Republik hatte sich die Begründung für den Naturschutz erweitert, denn das Bestreben, die Natur und Landschaft als eine Prägekraft »der deutschen Heimat« und des »deutschen Wesens« zu bewahren, gewann immer mehr an Gewicht. Im Dritten Reich setzte sich mit den Anfängen der Raumordnung und Landesplanung zudem auch der Gedanke der Landes- bzw. Landschaftspflege durch. Danach wurde zwischen Nutzungs- und Naturräumen unterscheiden; die Naturräume sollten möglichst belassen, die Nutzungsräume möglich naturgemäß gestaltet werden (75).

Aufgrund der zunehmenden Anerkennung des Naturschutzes erfolgten im Dritten Reich zwei Maßnahmen zur gesetzlichen Neuordnung. Zuerst holte der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung am 30. Juni 1934 die Aufgabe des Naturschutzes von den Provinzialverbänden in die Kompetenz des Staates zurück; die nunmehr zuständigen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte und Kommunen erhielten jedoch Beratungsgremien, deren Mitglieder ebenso wie die Provinzialkommissare für den Naturschutz aus dem fachlichen Personal der Provinzialverbände bestellt bzw. von ihnen ausgewählt wurden (76). In Westfalen blieben der Landeshauptmann Leiter und der Direktor des Naturkundemuseums Geschäftsführer der Provinzstelle für Naturkunde, dem höchsten Naturschutzorgan in Westfalen. Sie beriefen in der Folgezeit ehrenamtlich tätige Bezirks- bzw. Landschaftsführer für den Naturschutz in den Regierungsbezirken Münster und Arnsberg sowie in den Landschaften Minden-Ravensberg und Paderborner Land; diese bildeten auch seit dem Februar 1936 einen Beirat für die Provinzstelle. Die Provinzialverbände trugen nach wie vor einen Teil der Kosten, so daß sich in der Praxis wenig änderte (77).

Die zweite gesetzliche Maßnahme bestand darin, daß am 26. Juni 1935 das lange geforderte Reichsnaturschutzgesetz verabschiedet wurde. Es schuf eine Oberste Naturschutzbehörde beim Reichsforstmeister Hermann Göring sowie nach dem Vorbild Preußens Unterinstanzen mit ehrenamtlichen Beratungsgremien. Ferner vereinheitlichte es die entsprechenden Bestimmungen auf Länderebene und dehnte die Schutzmög-

lichkeiten aus, indem es Naturdenkmäler, Landschaftsteile, Naturschutzgebiete, Artenschutz und den allgemeinen Landschaftsschutz unterschied und die Mitwirkung der Naturschutzbehörden an der Planung und Genehmigung von Eingriffen in die Landschaft vorsah. Die geschützten Objekte sollten in ein Naturdenkmälerbuch und in eine Karte eingetragen werden (78). Der Naturschutz erhielt jedoch in kritischen Fällen, wenn es um die Schutzwürdigkeit von Naturdenkmälern oder Landschaften ging, keine gesetzliche Priorität gegen konkurrierende Interessen; dementsprechend wurde auch kein Kriterium für Enteignungen und Entschädigungen festgelegt. Damit wurde der Einfluß der Naturschutzinstanzen faktisch auf eine beratende Funktion beschränkt.

Die Arbeit des Naturschutzes nahm im Verlauf der 1930er Jahre aufgrund des Wirtschaftsaufschwungs deutlich zu: Sie bestand vor allem darin, bestimmte Gebiete zu erhalten und die geplanten Veränderungen im Sinne des Naturschutzes mitzugestalten. Graebner, der auch nach der Berufung Renschs die Aufgaben des Staatlichen Naturschutzkommissars für Westfalen erfüllte, mußte die Tätigkeit des Reichsarbeitsdienstes (RAD) und des Straßenbaues überwachen, die Anträge auf Baumschutz prüfen, die für Westfalen kennzeichnenden, im Jahre 1935 unter Schutz gestellten Wallhecken gegen die Rodungsbestrebungen der Bauern sichern, die Abholzungen in Naturschutzgebieten verhindern bzw. strafrechtlich verfolgen, die Haldenaufschüttungen durch die Zechen genehmigen sowie für die Einpassung der Überlandmasten in die Landschaft und die Begrünung von Bahnlinien sorgen (79).

Die konkrete Arbeit und die Konflikte des Naturschutzes in Westfalen sollen an zwei Beispielen genauer geschildert werden. Das erste Beispiel behandelt die Chancen des Naturschutzes gegenüber politischen, das zweite die Chancen gegenüber wirtschaftlichen Interessen.

Geriet der Naturschutz mit organisierten politischen Interessengruppen in Konflikt, hatte er es schwerer als gegenüber Privatleuten. Das zeigt sich beispielhaft in einem Konflikt der westfälischen Naturschutzorganisation mit einer kulturpolitischen Maßnahme der SS. Die SS wollte im Jahre 1935 zur Erinnerung an die Schlacht der Sachsen gegen Karl den Großen bei Verden an der Aller eine »Thingstätte«, den



Wilhelm Münker

»Sachsenhain«, schaffen. Für jeden gefallenen Sachsen sollte aus sächsischem Gebiet ein Findling, insgesamt 4.500, beschafft werden (80).

Findlinge zählten aber zu den Naturdenkmälern, die geschützt werden sollten (81). Als der Leiter des Heimat- und Naturschutzausschusses des Sauerländischen Gebirgsvereins, der

Fabrikant Wilhelm Münker, von dem Abtransport eines Findlings aus Enger/Kreis Herford hörte, protestierte er am 24. Juni 1935 bei der Provinzialverwaltung. Auf Anregung der Landesbauernschaft sei mit dem Abtransport eines 270 Zentnerschweren Findlings aus Enger begonnen worden. Findlinge seien jedoch Naturdenkmäler und dürften nicht für Kunst- und Denkmäler verwandt werden. Die Verwaltung solle feststellen, »aufgrund welcher Befugnisse die Bauernschaft in solcher Weise die Belange des Naturschutzes verletzen konnte <und> ... anordnen ..., daß fortan aus keinem westfälischen Kreise weitere Findlinge ohne Befragung der Naturschutzkommissare und ihre ausdrücklichen Zustimmung weggeschafft werden dürfen, einerlei zu welchen Zwecken« (82).

Der Landeshauptmann Kolbow teilte Münkers Auffassung und gab das Schreiben an den Landesbauernführer in Münster weiter (83). Außerdem wies Graebner als Vertreter der Provinzstelle für Naturschutz die Landräte in den Regierungsbezirken Münster und Minden darauf hin, »daß ... eine Abgabe von Findlingen zu Denkmalszwecken dem Sinn des Gesetzes unbedingt widerspricht, <und daß> unter allen Umständen in jedem Einzelfalle die Verschleppung eines Findlings zu verhindern <sei>« (84). Die SS, die das Schreiben Kolbows vom Landesbauernführer erhalten hatte, wies jedoch auf die Erlaubnis des Kultusministeriums (85) und den Ausnahmeharakter der Sammelaktion hin und bat, keine weiteren Schwierigkeiten zu machen (86). Damit gab sich das Oberpräsidium als oberste Naturschutzbehörde Westfalens zufrieden (87).

Wilhelm Münker beruhigte sich jedoch nicht und teilte den Provinzialverbänden in Münster und Hannover mit, daß entgegen den Angaben zahlreiche Findlinge aus dem Kreise Brilon durch den RAD entfernt worden seien. Die Chefadjutantur des Reichsführers SS schrieb darauf am 13. August 1935 erneut an den Oberpräsidenten in Münster und bat ihn, darauf hinzuweisen, daß die Findlingssammelaktion eine Ausnahme sei und bleiben würde, »damit nicht unnötig und ungerechtfertigt eine Stimmung gegen die Sammlung der Findlinge Platz greift« (88). Dementsprechend wandten sich der Provinzialverband und Graebner an Münker (89).

Münker gab sich jedoch mit dem Bescheid der obersten

Naturschutzbehörde in Westfalen nicht zufrieden, sondern sandte dem Provinzialverband einen Zeitungsartikel, in dem ein Naturschützer auf einen anderen Fall hinwies, bei dem die SS Findlinge für die Erstellung eines Denkmals verwandt hatte (90). Im gleichen Sinne wandte er sich direkt protestierend an die Chefadjutantur des Reichsführers SS. Diese gab ihm postwendend die Antwort, daß die SS sicherlich auch andere Steine hätte beschaffen können; sie lege aber gerade Wert auf niedersächsische Findlinge: »Gerade um der Heimat- und Blutsverbundenheit zu den Vorfahren Ausdruck zu geben, ist das niedersächsische Bauerntum aufgerufen, durch jede Ortsbauernschaft einen Stein zu liefern, und zwar zum Andenken an einen der ihren, die ja nicht persönlich bekannt sind, sondern hier als Verfechter der Bauernfreiheit gegen Karl den Franken als ein Vertreter eines landfremden Feudalsystems gefallen sind« (91).

Damit war der Fall abgeschlossen. Er zeigt zum einen, daß es innerhalb des Denkens von »Volk«, »Volkstum« und »Heimat« zu Konflikten zwischen Naturpflege und Denkmalpflege kommen konnte, wobei sich »die Anwälte der Landschaft« und »die Anwälte des Volkes« gegenüber standen. Er zeigt zum anderen, daß das Interesse des staatlich-provinziellen Naturschutzes trotz eindeutiger Gesetzeslage hinter den kulturpolitischen Maßnahmen der SS zurückstehen mußte und daß die Provinzialverwaltung darüber hinaus gezwungen wurde, den Verteidiger des Naturschutzes zum Schweigen anzuhalten. Dies erbitterte Kolbow umso mehr, als er Münker zu seinen Freunden zählte, ihm sachlich Recht gab und die westfälischen Findlinge für ein Denkmal zu Ehren eines »fremden Stammes«, nämlich des »niedersächsischen Bauerntums«, dienen sollten.

Waren Konflikte des Naturschutzes mit politischen Stellen die Ausnahme, so bildeten Konflikte mit den Interessen der Wirtschaft die Regel. Nicht untypisch hierfür waren die Auseinandersetzungen um den Schutz des Cappenberger Waldes. Am 18. Juni 1941 stellte die Gebrüder Stumm GmbH bei der Landesplanungsstelle des Regierungspräsidiums in Münster den Antrag, eine Kokerei und ein Großkraftwerk in der Gemeinde Alt-Lünen errichten zu dürfen. Die Landesplanungsgemeinschaft sollte die entsprechenden Gebiete sicherstellen und von der Bebauung ausschließen.

Dagegen erhob die Gräflich von Canitzsche Verwaltung in Cappenberg am 9. Oktober 1941 beim Preußischen Forstmeister, Forstamt Münster, Einspruch. Sie wies darauf hin, daß eine in nur 400 Meter vom Cappenberger Wald errichtete Zeche aufgrund der Rauchgase zu schweren Schädigungen des Baumbestandes und des Bodens führen müsse. Damit würde der Cappenberger Wald als Erholungsgebiet beeinträchtigt und die Holzproduktion verringert werden. Dem Wald drohe das Schicksal zahlreicher anderer Gebiete, die den Ausdehnungsbestrebungen des Bergbaus zum Opfer gefallen waren. Der Westfälische Heimatbund, der Vertreter des Naturschutzes beim Regierungspräsidium Münster, Graebner, und die Landesplanungsgemeinschaft schlossen sich diesen Argumenten an. Der Cappenberger Wald sei neben der Davert das einzige geschlossene Waldgebiet im Münsterland und durch den Raumordnungsplan als Erholungsgebiet vorgesehen. Die Stadt Lünen wies zusätzlich darauf hin, daß ihr mit dem Bau der Zechenanlage eine Ausdehnungsmöglichkeit nach Norden genommen würde.

Graebner hatte aufgrund des Naturschutzgesetzes keine Möglichkeit, die Errichtung der Förderanlage zu verhindern; dies war allein den Planungs- und Genehmigungsbehörden möglich. Der Naturschutz konnte nur durch Auflagen die Folgerscheinungen des Zechenbaus mildern. Er bat deshalb den Landrat des Kreises Lüdinghausen, das Gebiet des Cappenberger Waldes und seine Umgebung unter Landschaftsschutz zu stellen, um gegenüber der geplanten Schachtanlage »Forderungen stellen und Auflagen machen zu können«. Der Landrat wandte sich ebenfalls gegen den geplanten Standort, weil durch die daraus folgende Straßenverlegung Alt-Lünen von Bork stärker getrennt und die Eingemeindungsbestrebungen der Stadt Lünen gefördert würden.

Das Oberbergamt Dortmund wies darauf hin, daß die Lage der geplanten Zeche durch die Gebirgsverhältnisse weitgehend feststehe; zudem sei aus volkswirtschaftlichen Gründen der Abbau der Kohle und damit die Ausdehnung des Ruhrgebietes nach Norden nicht zu vermeiden. Eine Einigungsmöglichkeit sah das Amt darin, daß die Kokereianlagen und das Großkraftwerk von der Zeche getrennt und an einem Ort errichtet werden sollten, von dem der Rauch nicht in das geplante Erholungsgebiet ziehen könne. Das Oberbergamt wollte auf

die Firma Einfluß nehmen, damit sie dieser Lösung zustimme und ein Ersatzgelände suche (92). Die Vertreter der Bergbaugesellschaft machten jedoch Anfang 1942 deutlich, daß »auf den Abbau dieses Feldes unter gar keinen Umständen verzichtet werden <könne> und daß die Wahl der Ansatzpunkte für die beiden Schächte ... durch die geologischen Verhältnisse und die Feldesgrenze zwangsläufig gegeben <seien>.« Die Trennung der Förderschachanlage von der Kokerei und dem Kraftwerk verursache zu hohe Transportkosten. Die bei der Verkokung der Kohle entstehenden Gase sollten mit den modernsten Mitteln gefiltert, abgesaugt und durch einen hohen Schornstein abgeleitet werden. Der Cappenberger Wald sollte mit rauchharten Hölzern unterbaut werden. Den Siedlungs- und Ausdehnungsbestrebungen der Stadt Lünen wollte der Stummkonzern dadurch entgegenkommen, daß die Schächte soweit wie möglich nach Westen versetzt werden sollten (93).

Da eine großräumige Verlegung nicht möglich erschien, verfolgte Graebner nicht mehr eine Argumentation, die auf die Verhinderung einer Verunstaltung der Landschaft abzielte, sondern hob stärker die Umweltschäden hervor, die der Bau der geplanten Anlage erzeugen werde. Dazu versuchte er einen Sachverständigen ausfindig zu machen, der vor allem über die Gefahren des Rauches für den Wald gutachten konnte. Hierzu erklärte sich die Landesanstalt für Wasser, Boden und Lufthygiene in Berlin bereit (94). Das nach einer Ortsbesichtigung erstellte Gutachten vom 2. Juni 1942 verneinte jedoch gravierende Umweltschäden als Folge der geplanten Anlage (95).

Mit diesem Ergebnis war Graebner nicht zufrieden und versuchte, zur Änderung des geplanten Standortes den Reichsforstmeister einzuschalten. Dieser sollte darauf hinwirken, daß die Anlage soweit wie möglich nach Westen, d. h. weg vom Cappenberger Wald, verschoben werden solle. Zur Begründung erhob Graebner die Frage zu einem Präzedenzfall: »Auf weite Sicht gesehen, handelt es sich aber hier nicht um einen Einzelfall. Der Abbau der Ruhrkohle wird in Zukunft immer weiter nach Norden bis vor die Tore der Stadt Münster vorrücken. Der Kreis Lüdinghausen wird also allmählich mit Bergbauindustrie durchsetzt werden müssen. Es kommt also

für alle Planungsstellen darauf an, schon jetzt die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten, um zu verhindern, daß der Kreis Lüdinghausen sich zu einer Industrielandschaft entwickelt, wie wir sie heute im alten Industriegebiet vorfinden. Es muß hier unter Erhaltung der ursprünglichen Landschaftsform (bäuerliche Streusiedlung) eine gesunde Landschaftsform gestaltet werden, in der es wesentlich darauf ankommen wird, die größeren Waldbestände als Erholungsinseln einzubauen, also von vornherein als unantastbare Gebiete zu sichern ... Im Rahmen dieser zukünftigen Landschaftsgestaltung ist die ... Zeche bei Cappenberg der erste Schritt der Industrie unter vollständiger Gültigkeit des Reichsnaturschutzgesetzes. Es handelt sich also hier nicht allein darum, die Anlagen in der einen oder anderen Form zu genehmigen, sondern hier bei dem ersten Musterbeispiel ist von den Grundsätzen auszugehen, die bei den später zu errichtenden Werken weiterhin maßgebend bleiben müssen. - Als wesentlichste Punkte erscheinen mir daher folgende grundsätzlich einer Erklärung zu bedürfen, ehe das erste Werk genehmigt werden kann:

1. Aufschluß gewisser Flächen (Wälder, Landschaftsschutzgebiete), auf denen weder Zechen noch Nebenbetriebe errichtet, auch gar nicht erst geplant werden dürfen,
2. Einfügung der notwendigen Industrie-Arbeitersiedlungen in die vorhandene bäuerliche Landschaft,
3. Verbot jeder Errichtung von Halden, da sie stets Fremdkörper in der ebenen Landschaft darstellen würden« (96).

Der gesamte Vorgang war unterdessen an die Reichsstelle für Raumordnung abgegeben worden; diese setzte für den 18. September 1942 einen Ortstermin an, an dem Vertreter der Reichsstelle, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsforstministeriums, des Stummkonzerns, des Oberbergamts Dortmund, der Landesplanungsgemeinschaft Westfalen, der beteiligten Gemeinden sowie der Landeshauptmann Kolbow und der Regierungspräsident Graf von Stosch teilnahmen. Dabei wurden die Dimensionen des Projektes deutlich: Täglich sollten 10-12.000 t Kohle durch eine Belegschaft von etwa 7.000 Arbeitskräften gefördert werden; 4.000 sollten im Orte wohnen. Rensch, der

anstelle des einberufenen Graebners an der Besprechung teilnahm, faßte ihr Ergebnis wie folgt zusammen: »Die Notwendigkeit der Zechenanlage bei Lünen ist vom Reichswirtschaftsministerium bejaht worden. Alle beteiligten Stellen sind sich einig, daß der Cappenberger Wald nicht angetastet werden darf. Der Stumm-Konzern ist bereit, die Anlage etwas nach Westen zu verschieben. Die Diskussion dreht sich ausschließlich darum, daß diese Verschiebung noch nicht genügt, um die städtebauliche Entwicklung Lünens in Richtung auf den Cappenberger Wald hin zu gewährleisten. Das Oberbergamt soll erneut dazu Stellung nehmen, wie weit dem Werk eine weitere Verschiebung nach Westen im äußersten Falle zugemutet werden kann. Später ist eine weitere Zeche im Gelände ostwärts Langern geplant« (97).

Nach der schriftlichen Fixierung der Ergebnisse dieses Orts-termins - Abrückung der Anlage von der Straße Bork-Lünen nach Westen, größerer Schutzraum zwischen der geplanten Zeche und der Arbeitersiedlung, weitgehende Filtrierung der Rauchgase, Anpassung der Halden an die Bodenformen, Regelung der Abwässerfrage mit dem Lippe-Verband - stimmte der Regierungspräsident Graf von Stosch am 17. Dezember 1942 der Errichtung der Anlage zu. Der Reichsforstmeister gab trotz einer Mahnung durch Rensch keine Antwort auf die Wünsche Graebners, so daß faktisch der Weg für die Errichtung der Anlage frei war. Ihr Bau unterblieb jedoch infolge der Kriegsentwicklung.

Deutlich wurde in diesem Fall, daß der Naturschutz die Chance hatte, durch die Vorbringung seiner Interessen und die Einspannung anderer Interessengruppen Auflagen durchzusetzen und damit die Zerstörung bestimmte Teile der Naturlandschaft zu mildern und zu verzögern, nicht jedoch zu verhindern. Gegenüber dem gesetzlich und faktisch machtlosen Zustand vor dem Erlaß des Naturschutzgesetzes war dies jedoch ein beträchtlicher Erfolg.

V. Zusammenfassung

Die Geschichte des Provinzialmuseums für Naturkunde verdeutlicht mehrere Entwicklungen, die generell einige Elemente der kulturpolitischen Entwicklung vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik kennzeichnen. Zum ersten zeigt sich, daß die Kenntnis, die Erforschung und der Schutz der Natur zunehmend als eine kulturelle Aufgabe angesehen wurden; dies war teils eine Folge der Entfaltung der Wissenschaften, teils eine Reaktion bestimmter, vom zivilisationskritischen »Zeitgeist« beeinflusster bildungsbürgerlicher Kreise auf das Vordringen der Industrialisierung und Urbanisierung in die Natur.

Zum zweiten zeigte sich sehr schnell, daß sich die Vereine, die sich der naturwissenschaftlichen Forschung und dem Schutz der Natur widmeten, mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe finanziell und organisatorisch überfordert fühlten. Es gelang ihnen jedoch, den Staat mit einer Fülle von wissenschaftlichen, kulturpolitischen und volkspädagogischen Gründen dafür zu interessieren und ihn dazu zu bewegen, daß er den finanziell kostspieligsten Teil dieser Aufgaben übernahm bzw. in Preußen den Provinzialverwaltungen übertrug. Dies war auch ein in anderen Kulturbereichen - z. B. der Denkmalpflege - zu beobachtendes Vorgehen, das nicht zuletzt aufgrund der engen personellen Verflechtung zwischen den bildungsbürgerlich geprägten Vereinen und den Staatsverwaltungen erleichtert wurde. Mit der Akzeptanz und Übernahme dieser Aufgaben in die staatlich-provinziellen Kompetenzen war der Weg zur institutionellen Absicherung der naturkundlichen Sammlungen, der professionellen Wahrnehmung ihres Ausbaus und ihrer Präsentation sowie zur Durchsetzung der Idee des Naturschutzes beschritten.

Teils schrieb der Staat den Naturschutz gesetzlich fest und erweiterte ihn von einzelnen Naturdenkmälern auf ganze Gebiete, die damit gleichsam zu einem »lebendigen Museum« gemacht wurden, teils subventionierte bzw. baute er Naturkundemuseen und stattete sie mit qualifiziertem Personal aus. Dies wiederum übernahm die museumsdidaktische Aufbereitung der naturkundlichen Zeugnisse und der wissenschaftlichen Ergebnisse für das interessierte Publikum, organisierte den Naturschutz und leistete einen Beitrag zur naturwissenschaftlichen Forschung. Die Universität, die ebenfalls hierfür

hätte in Frage kommen können, konzentrierte sich dagegen auf die Aufgabe der Forschung, da sie inhaltlich nicht der staatlichen Weisungsbefugnis unterstellt war. Die interessierten und fachkundigen Bürger, die insbesondere den Naturschutz angeregt hatten, blieben weiterhin z. B. durch die ehrenamtliche Tätigkeit in Natur- und Heimatvereinen sowie in den Beiräten der Naturschutzbehörden eingebunden.

Innerhalb der Naturkundemuseen hing die Schwerpunktsetzung der Arbeit auf Museumsleitung, wissenschaftliche Forschung oder Naturschutzarbeit von den Interessen der jeweiligen Direktoren ab. Im Provinzialmuseum in Münster legte Hermann Reichling während der Weimarer Republik den Akzent seiner Arbeit primär auf den Naturschutz, während sich Bernhard Rensch im Dritten Reich mehr auf die problemorientierte Präsentation der Schausammlung des Museums und auf die Forschung konzentrierte. Beide legten jedoch die Grundlagen für die hervorragende Stellung des Westfälischen Museums für Naturkunde in der Bundesrepublik; beide sorgten für die Etablierung des Naturschutzes als einer der Interessenorganisationen für die Gestaltung der Landschaft Westfalens. Zwar mußten die Ziele des Naturschutzes zumeist gegenüber politischen und wirtschaftlichen Interessen zurückstehen, jedoch konnte in Westfalen die Zahl der Naturschutzgebiete bis zum Jahre 1938 auf 44, die der Naturdenkmäler auf 1.716 gesteigert werden (98). Mit dem »Heiligen Meer« betreute das Naturkundemuseum zudem ein Naturschutzgebiet von überregionaler Bedeutung.

Anmerkungen

- (1) Vgl. vorzüglich zum bürgerlichen Naturbild Orvar Löfgren, *Natur, Tiere und Moral. Zur Entwicklung der bürgerlichen Naturauffassung*, in: Utz Jeggle u.a. (Hg.), *Volkskultur in der Moderne. Probleme und Perspektiven empirischer Kulturforschung*, Reinbek 1986, S. 122-144. Vgl. generell zur Geschichte des Naturschutzes Walter Schoenichen, *Naturschutz, Heimatschutz. Ihre Begründung durch Ernst Rudorff, Hugo Conwentz und ihre Vorläufer*, Stuttgart 1954; Franz Moewes, *Zur Geschichte der Naturdenkmalpflege*, in: Walter Schoenichen (Hg.), *Wege zum Naturschutz*, Breslau 1926, S. 28-71; Hans Klose, *Das westfälische Industriegebiet und die Erhaltung der Natur*, Berlin 1919; Konrad Buchwald, *Geschichtliche Entwicklung von Landschaftspflege und Naturschutz in Nord-, West- und Mitteleuropa*, in: ders./Wolfgang Engelhardt (Hg.), *Handbuch für Landeskulturpflege und Naturschutz, Schutz, Pflege und Entwicklung unserer Wirtschafts- und Erholungslandschaften auf ökologischer Grundlage*, München 1968, S. 97-114; Klaus-Georg Wey, *Umweltpolitik in Deutschland. Kurze Geschichte des Umweltschutzes in Deutschland seit 1900*, Opladen 1982; Günter Heine, *Ökologie und Recht in historischer Sicht*, in: Hermann Lübke/Elisabeth Ströker (Hg.), *Ökologische Probleme im kulturellen Wandel*, o.O. 1986, S. 116-134.
- (2) Vgl. zur Entstehungsgeschichte des Provinzialmuseums für Naturkunde Albert Wormstall, *Der westfälische Provinzialverein für Wissenschaft und Kunst während der ersten 25 Jahre seines Bestehens 1872-1896*, Münster 1897, S. 7 ff.; Hermann Reeker, *Das Provinzialmuseum für Naturkunde*, in: *Die provinzielle Selbstverwaltung Westfalens. Aus Anlaß des fünfzigsten Zusammentritts des Westfälischen Provinziallandtages dargestellt von Landeshauptmann Dr. Hammerschmidt und den oberen Provinzialbeamten*, Münster 1909, S. 77-82; Rudolph Koch, *Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Westfälischen Provinzialmuseums für Naturkunde*, Münster 1916; *Das Landesmuseum der Provinz Westfalen. Festschrift zur Eröffnung des Museums am 17. März 1908*, Münster o.J., S. 3 ff.; Herbert Ant, *150 Jahre naturwissenschaftliche Museen in Westfalen*, in: *Natur und Heimat. Blätter für den Naturschutz und alle Gebiete der Naturkunde* 31 (1971), S. 134-141; Ludwig Franzisket, *Die Geschichte des Westfälischen Landesmuseums für Naturkunde*, in: *Abhandlungen aus dem Landesmuseum für Naturkunde in Münster in Westfalen* 29 (1967), S. 3-26; *Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Münster <STAM OP MS>*, Nr. 5602.
- (3) Vgl. Karl Ditt, *Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923-1945*, Münster 1988, S. 17.
- (4) Vgl. Hartmann, *Geschichte des Provinzial-Museums*, in: *Sechzig Jahre Hannoversche Provinzialverwaltung*. Hg. v. Landesdirektorium, Hannover 1928, S. 307-313.
- (5) Vgl. die Vorgänge in: *Verwaltungsarchiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe <VA LWL>*, C III, Nr. 21; *Zentralstaatsarchiv Merseburg <ZSTA>*, Rep 151, I C, Nr. 8268.
- (6) Zu Landois vgl. Joseph Otto Plaßmann, Hermann Landois, in: *Westfälische Lebensbilder*, Bd. IV. Im Auftrage der Historischen Kommission des Provinzialinstitutes für westfälische Landes- und Volkskunde hg. v. Otto Leuenschloß, Münster 1933, S. 314-333.
- (7) Vgl. zur Kombination Provinzialmuseum für Naturkunde und Zoo Helmut Reichling, *Zoo auf neuen Wegen. Zur Verlegung und Modernisierung des münsterschen Tiergartens*, in: Johannes Tenzler (Hg.), *Urbild und Abglanz. Beiträge zu einer Synopse von Weltgestalt und Glaubenswirklichkeit*, Regensburg 1972, S. 231 f. Die Privatsammlungen gingen nach der Gründung des Naturkundemuseums kaum noch an die naturkundliche Sammlung der Akademie Münster, sondern kamen meist dem Museum zugute. Vgl. W. Stempel, *Hundert Jahre zoologisches Institut in Münster*, in: *Mitteilungen des zoologischen Instituts der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster*, Heft 3 (1921), S. 6.
- (8) Wormstall, S. 29; VA LWL, C III, Nr. 21.

- (9) Das Protokoll vom 6. April 1907 und der Vertrag vom 12.06.1907 finden sich in: VA LWL, C III, Nr. 22.
- (10) Vgl. den Vermerk Pothmanns vom 1.2.1907 und das Sitzungsprotokoll des Westfälischen Provinzialausschusses vom 4.2.1907, in: VA LWL, C 11, Nr. 245.
- (11) Zu Stempell vgl. Bernhard Rensch, Die zoologische Forschung in Münster, in: Zoologischer Anzeiger, Suppl. 23 (1960), S. 39.
- (12) Die Denkschriften und die Stellungnahmen Kochs finden sich in: VA LWL, C III, Nr. 23. Vgl. Universitätsarchiv Münster, Phil. Fak., D, Nr. 6, Bd. 1.
- (13) Vgl. Verhandlungen des im Jahre 1921 abgehaltenen Westfälischen Provinziallandtags, Münster o.J., Drucksache I, S. 28 f. Zu H. Reichling vgl. VA LWL, C 11 A, Nr. 758.
- (14) Die Denkschrift befindet sich in: VA LWL, C 11 A, Nr. 758.
- (15) Vgl. das Schreiben Reichlings an den Landeshauptmann vom 11.01.1927 und den Bericht des Provinzialausschusses vom 25.01.1927, in: VA LWL, C III, Nr. 23.
- (16) Vgl. VA LWL, C III, Nr. 73.
- (17) Vgl. Münsterische Zeitung 7.05.1925 und Westfälischer Merkur 6.05.1925, in: VA LWL, C 70, Nr. 107.
- (18) Vgl. Verhandlungen 1926, Drucksache I, S. 28 f.; 1932, Drucksache I, S. 34 f.; Protokoll der Sitzung der Zoologischen Sektion des Jahres 1931, in: Archiv des Westfälischen Landesmuseums für Naturkunde <NKM>, Hefter: Zoologische Sektion, Protokolle 1930-1935. Zu Graebner vgl. Anm. 48.
- (19) Zahlen zusammengestellt aus: Verhandlungen 1921/22 ff., Drucksache I.
- (20) Vgl. NKM, Hefter: Naturschutzausstellung 1.-31.05.1928.
- (21) Hugo Conwentz, Die Gefährdung der Naturdenkmäler und Vorschläge zu ihrer Erhaltung, Berlin 1904. Zu Conwentz vgl. Schoenichen, Naturschutz, S. 158 ff. Im Zuge der Vorarbeiten zu seiner Denkschrift hatte Professor Conwentz im Jahre 1902 einen detaillierten Fragebogen an alle preußischen Provinzen versandt, in dem er nach den dort getroffenen Naturschutzmaßnahmen fragte. Der Provinzialverband Westfalen mußte eingestehen, daß er weder ein Gebiet zum Zwecke des Naturschutzes erworben, noch Mittel für den Naturschutz zur Verfügung gestellt, noch entsprechende Verfügungen erlassen hatte. Vgl. VA LWL, C III, Nr. 67; Conwentz, Gefährdung, S. 186 f.
- (22) Karl Zuhorn, Von den rechtlichen Grundlagen der Denkmalpflege und des Heimatschutzes, in: Minden-Ravensberg. Ein Heimatbuch, hg. v. Eduard Schoneweg, 2. Aufl., Bielefeld 1929, S. 446.
- (23) ZSTA Merseburg, Rep 77, Titel 1215, Nr. 1 b; VA LWL, C III, Nr. 67; Karl Friedrich Kolbow, Die Kulturpflege der preußischen Provinzen, Stuttgart 1937, S. 54 ff.; Adelheid Stipproweit, Naturschutzbewegung und staatlicher Naturschutz in Deutschland - ein historischer Abriß, in: Jörg Calließ/Reinhold E. Loeb (Hg.), Handbuch Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung. Bd. 1: Grundlagen, Düsseldorf 1987, S. 31 ff.
- (24) Vgl. Hugo Conwentz, Die Erhaltung der Naturdenkmäler mit besonderer Berücksichtigung der Provinz Westfalen, in: Mitteilungen des Westfälischen Provinzialkomitees für Naturdenkmalpflege Nr. 1 (1908), S. 9 f., in: VA LWL, C III, Nr. 67. Ein Mitgliederverzeichnis des Gründungskomitees findet sich in: Mitteilungen des Westfälischen Provinzialkomitees für Naturdenkmalpflege Nr. 1 (1908), S. 18 und Nr. 2 (1908), S. 20 ff., in: VA LWL, C III, Nr. 67.
- (25) Im einzelnen handelte es sich um: 1. Das Gelände unterhalb des Denkmals an der Porta Westfalica im Jahre 1907. 2. Teile des Doberges bei Bünde im Jahre 1915. Hier liegt die einzige Stelle in Nordwestdeutschland, wo die Ablagerungen des Oligozäns, einer Formation des Tertiärs, zutage treten. 3. Eine besonders prägnante Blockanhäufung am Limmerbecken bei Vlotho, Kreis Herford, im Jahre 1913. 4. Einen »interessanten« Felskopf bei Messinghausen im Jahre 1914. 5. Das Hönnetal, das gegenüber den Abbaubestrebungen der Kalkindustrie erhalten werden sollte. Vgl. VA LWL, C III, Nr. 71; C 70, Nr. 69; ZSTA Merseburg, Rep 151, IC, Nr. 8304; Walter Hostert,

Geschichte des Sauerländischen Gebirgsvereins. Idee und Tat. Gestern - Heute - Morgen, Lüdenscheid 1966, S. 120 ff.

- (26) Vgl. die Begründung zum Schutz des Hönnetals in der Drucksache Nr. 18 der Verhandlungen des im Jahre 1920 abgehaltenen 62. Westfälischen Provinziallandtages, Münster o.J.: »In dem Elend, in dem wir uns befinden, gilt es mehr denn je, unsere ganze Sorge der physischen und moralischen Gesundung unserer Jugend zuzuwenden. Wir müssen ein gesundes, kräftiges Geschlecht heranbilden, das unser Vaterland dereinst aus dem Dunkel der Gegenwart einer besseren Zukunft entgegenführt. Ein vortreffliches Mittel hierfür ist aber auch das Wandern. Es ist außerordentlich erfreulich, daß gerade in Westfalen das Wandern der Jugend großen Aufschwung genommen hat und alle Schichten der Bevölkerung an ihm teilnehmen. Besonders bevorzugt von den Jugendwanderern soll das Hönnetal sein. Scharen junger Männer und Mädchen suchen das Hönnetal auf, um sich an der schönen Natur zu erfreuen und dadurch neue Arbeitskraft und neue Arbeitsfreude zu gewinnen. Besonders erscheint es notwendig, die Jugend der großen Städte und des Industriebezirks zum Wandern anzuregen, und es soll das Hönnetal gerade aus diesen Gegenden mit Vorliebe aufgesucht werden.«
- (27) Die Tätigkeit des Provinzialkomitees sollte sich auf die gesamte Provinz Westfalen mit Ausnahme des Gebietes des Ruhrsiedlungsverbandes konzentrieren. Hier gab es seit dem 1. April 1920 eine eigene »Bezirksstelle für Naturdenkmalpflege« mit Sitz in Essen. In einer Besprechung am 25. Juli 1927 mit dem Westfälischen Heimatbund und der Bezirksstelle wurde Einvernehmen über eine enge Zusammenarbeit erzielt. Vgl. Kölnische Zeitung 15.06.1926, in: VA LWL, C III, Nr. 68, das Besprechungsprotokoll von Zuhorn vom 25.07.1927 sowie das Protokoll vom 7.02.1929, in: VA LWL, C III, Nr. 72. Vgl. ferner den Vermerk Zuhorns zu der Besprechung vom 9.11.1922, in: VA LWL, C III, Nr. 68 und Nr. 70; Schreiben des Landeshauptmanns an den Oberpräsidenten vom 10.5.1924 und des Oberpräsidenten an den Landeshauptmann vom 30.06.1924, in: VA LWL, C III, Nr. 72.
- (28) Münsterischer Anzeiger 27.11.1925, in: VA LWL, C III, Nr. 68. Vgl. ebenso seine Rede anlässlich der Neubegründung des Westfälischen Provinzialkomitees für Naturdenkmalpflege vom 8.11.1926, in: NKM, Hefter: Naturdenkmalpflege, Neukonstituierung des Komitees; Schreiben Reichlings an den Landeshauptmann vom 24.1.1929, in: VA LWL, C III, Nr. 68.
- (29) Diese Sammlung ist, nach einzelnen Kreisen geordnet, noch im Archiv des Westfälischen Museums für Naturkunde vorhanden.
- (30) Ein Beispiel findet sich in: Siegener Zeitung 21.10.1926, in: VA LWL, C III, Nr. 68.
- (31) Vgl. die Aufstellung in: VA LWL, C 70, Nr. 184a. Vgl. das Sitzungsprotokoll vom 8.11.1926, in: VA LWL, C III, Nr. 72; STAM, OP MS, Nr. 5615.
- (32) Schreiben Reichlings an den Landeshauptmann vom 17.06.1927, in: VA LWL, C III, Nr. 75; STAM, OP MS, Nr. 5502.
- (33) Schreiben Reichlings an den Landeshauptmann vom 17.06.1927, in: VA LWL, C III, Nr. 75. Vgl. ebenso sein Gutachten vom 29.10.1929, in: NKM, Ordner: Regierungsbezirk Münster, Kreis Tecklenburg, 1926-31.12.1937.
- (34) Vgl. den Vermerk Zuhorns vom 22.09.1927, den Kaufvertrag sowie das Sitzungsprotokoll des Provinzialausschusses vom 21.05.1928, in: VA LWL, C III, Nr. 75. Darin hieß es: »Das Betreten des Schutzgebietes ist in der Zeit vom 1. Juni bis 31. März nur nach Anmeldung bei dem am Haupteingang in das Naturschutzgebiet wohnenden Aufseher gestattet. Es ist verboten, in dem Schutzgebiete Plaggen zu stechen, zu baden, Feuer anzuzünden und abzukochen, die dort wachsenden Pflanzen zu entfernen oder zu beschädigen, sie auszugraben, auszureißen oder abzuschneiden. Desgleichen ist verboten, dort lebenden Wasser- und Kriechtieren, Vögeln und Insekten nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen oder zu töten, sowie die Eier, Nester oder

- sonstige Brutstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen. Die rechtmäßige Ausübung der Jagd und der Fischerei wird hierdurch nicht berührt. Es ist verboten, Aufschriften, Bilder, Werbezeichen und dergleichen im Naturschutzgebiet anzubringen. Ausgenommen bleiben amtliche Bekanntmachungen und Tafeln, die den Schutz des Gebietes kennzeichnen, ohne das Landschaftsbild zu beeinträchtigen ... Wer dieser Verordnung oder daraufhin ergehenden Anordnungen zuwider handelt, wird nach § 30 der Feld- und Forstpolizeigesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit Haft bestraft, soweit nicht schärfere Strafbestimmungen anzuwenden sind.« VA LWL, C III, Nr. 75.
- (35) Vgl. das Schreiben Prof. Dr. Wilhelm Vershofens an den Regierungspräsidenten in Münster vom 26.04.1930, in: VA LWL, C III, Nr. 75.
- (36) Vgl. das Schreiben Reichlings an den Landeshauptmann vom 24.06.1930, in: VA LWL, C III, Nr. 75.
- (37) Vgl. das Schreiben Graebners an den Landeshauptmann vom 13.03.1936, in: VA LWL, C 70, Nr. 188.
- (38) Vgl. das Schreiben Hüppers' an den Landeshauptmann vom 30.08.1933 und das Schreiben Reichlings an den Landeshauptmann vom 26.09.1933, in: VA LWL, C III, Nr. 75.
- (39) Vgl. die Vorgänge in: VA LWL, C 70, Nr. 188.
- (40) Vgl. den Vermerk Baumeisters vom 19.09.1932, in: VA LWL, C III, Nr. 75. In das Gästebuch der Caf ewirtschaft trugen sich in dem 3/4 Jahr, in dem der Besuch des Naturschutzgebietes erlaubt war, etwa 3.000 Personen ein. Vgl. das Schreiben des Landeshauptmanns an den Vorsitzenden des Kreisausschusses in Tecklenburg vom 11.04.1934, in: VA LWL, C 70, Nr. 188.
- (41) Vgl. das Schreiben Reichlings an den Oberpräsidenten in Münster (Verwaltung des Provinzialverbandes) vom 22.03.1939, in: VA LWL, C 70, Nr. 196.
- (42) Vgl. STAM, OP MS, Nr. 5886 mit einer Auflistung der westfälischen Naturdenkmäler. Vgl. auch Beiträge zur Naturdenkmalpflege 11 (1926), S. 238-260. Vgl. im einzelnen Verhandlungen 1928 ff., Drucksache I. Vgl. für Preußen Ludwig Sick, Das Recht des Naturschutzes, Bonn 1935, S. 21.
- (43) Reichling war bzw. war gewesen: Vorsitzender des Westfälischen Zoologischen Gartens (1922-1930), der Zoologischen Sektion des westfälischen Provinzial-Vereins für Wissenschaft und Kunst, der prähistorisch-anthropologischen Sektion des westfälischen Provinzial-Vereins für Wissenschaft und Kunst, des Naturschutzvereins Münster e.V., stellvertretender Vorsitzender des Zoologischen Vereins für Rheinland und Westfalen, Staatlicher Kommissar für Naturdenkmalpflege der Provinz Westfalen, stellvertretender Kommissar für Naturdenkmalpflege der Provinz Westfalen, stellvertretender Kommissar für Naturdenkmalpflege und Heimatschutz im Regierungsbezirk Osnabrück und Vorsitzender des Landesausschusses für Naturdenkmalpflege im Westfälischen Heimatbund. Vgl. das Schreiben Reichlings an die Provinzialverwaltung vom 22.3.1939, in: VA LWL, C 70, Nr. 196.
- (44) Vgl. VA LWL, C 11 A, Nr. 758 und die Schreiben Kolbows an Reichling vom 10.10. und 12.10.1933, in: VA LWL, C III, Nr. 73.
- (45) Vgl. VA LWL, C 11 A, Nr. 758.
- (46) Vgl. generell Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966, S. 50.
- (47) Vgl. den Vorgang in: VA LWL, C 70, Nr. 196; Vermerk vom 19.9.1936, in: C 11 A, Nr. 758; Staatsarchiv Detmold, L 76, A 11 a, Sonderband Reichling.
- (48) Dr. Paul Graebner, geboren am 4. Februar 1900 als Sohn eines Professors und Kustos am Botanischen Garten in Berlin-Dahlem, hatte im Jahre 1918 in Berlin das Abitur gemacht. Anschließend hatte er an den Universitäten Berlin und Heidelberg Naturwissenschaften, insbesondere Botanik, studiert und war im Jahre 1924 promoviert worden. Reichling hatte den Floristen und Vegetationsbiologen Graebner am 15. März 1925 an das Provinzialmuseum für Naturkunde zur Betreuung der botanischen Sammlungen geholt. Graebner, ehemaliges Freikorps-

mitglied, versuchte im Frühjahr 1933, in die NSDAP einzutreten, wurde aber aufgrund der am 1. Mai erlassenen Mitgliedersperre nicht mehr aufgenommen. Statt dessen trat er in die SA ein, rückte bald zum Scharführer auf und wurde im Jahre 1937, als die Mitgliedersperre aufgehoben wurde, Mitglied der NSDAP. Vgl. VA LWL, C 11 A, Nr. 772.

- (49) Die Denkschrift vom 12.10.1934 befindet sich in: VA LWL, C 70, Nr. 107. Darüber hinaus wollte Graebner ein Werk über die Pflanzen- und Tiergeographie Westfalens verfassen.
- (50) Münstersche Zeitung 23.3.1937, in: VA LWL, C 70, Nr. 108.
- (51) Schreiben Kühls an Klose vom 19.6.1936, Vermerk Kühls über eine Besprechung mit Klose vom 1.7.1936 und Vermerk Kühls vom 14.8.1936, in: VA LWL, C 70, Nr. 196.
- (52) Vgl. W. Freydank (Hg.), Museum für Naturkunde der Humboldt-Universität zu Berlin. 100 Jahre Museumsgebäude in der Invalidenstraße 43, o.O. o.J. <Berlin 1989>, S. 16.
- (53) Vgl. das Schreiben Prof. Feuerborns an Kühl vom 15. und 27.6.1935 und Kloses an Kühl vom 4.9.1935, in: VA LWL, C 70, Nr. 68; Schreiben Kühls an Klose vom 19.6.1936, in: VA LWL, C 70, Nr. 196; C 11 A, Nr. 759; Rudolf Altevoigt, Bernhard Rensch zum 60. Geburtstag am 29.1.1960, in: Zoologische Jahrbücher 88 (1960), S. 1-8; Bernhard Rensch, Lebensweg eines Biologen in einem turbulenten Jahrhundert, Stuttgart/New York 1979, S. 78 ff.
- (54) Kühl hielt seinen positiven Eindruck in einem Vermerk fest: »Ins Gewicht fällt meiner Ansicht nach, daß er ausgesprochener Biologe und Artenforscher ist. Er hat in dieser Beziehung auch mehrfach enge Verbindung gerade in den letzten Jahren gewonnen mit Kreisen der menschlichen Rassenforschung. Meines Erachtens würde er ohne weiteres in der Lage sein, in Anlehnung an das Naturkundemuseum eine Abteilung für Rassenforschung und Rassenpflege aufzubauen. Seine wissenschaftliche

Qualifikation dürfte ihm eine starke Autorität sichern«. Vermerk Kühls der Besprechung am 20.10.1935, in: VA LWL, C 70, Nr. 68; Interview mit Prof. Dr. Bernhard Rensch vom 12.11.1985.

- (55) Vgl. seine Ausarbeitung in: VA LWL, C 70, Nr. 66. Darin hieß es ferner: »Die Schausammlung müßte deshalb deshalb völlig umgestaltet werden: die vorhandenen Objekte sollten in allgemein verständlicher Weise in Beziehung zu Problemen gesetzt werden und die bisher nicht behandelten grundlegenden Ergebnisse von Vererbungs-forschung, Eugenik, Abstammungslehre, Schädlingskunde, Heimatforschung und Naturschutz müßten neu dargestellt werden. Als wichtigste leitende Gesichtspunkte wären dafür folgende zu nennen: 1. Die Grundlagen der Vererbung sind an heimischen Tieren und Pflanzen zu demonstrieren (vor allem Mendel-Regeln; Kernschleifen als Vererbungsträger; Variabilität). 2. Im Anschlusse daran ist die Notwendigkeit eugenischer Maßnahmen am Erbgang von Krankheiten zu zeigen (Bildmaterial erblicher Anomalien; bevölkerungsstatistische Tabellen u.a.). 3. An heimischen Beispielen ist die Entstehung von natürlichen Rassen (geographische, ökologische, physiologische) und Zuchtrassen darzustellen. Besonders zu betonen ist dabei die strenge Einpassung natürlicher Rassen in ihren Lebensraum im Sinn von »Blut und Boden« (Klima und Größe; Klima und Eizahl; Anpassung der relativen Herzgröße an Außentemperatur und Lebensweise; Sonderheiten von Bergformen usw.). 4. Von den Grundlagen der Abstammungslehre wären vor allem zu zeigen: Beispiele für natürliche Auslese und Ausmerzung des Kranken, Schwachen, Mißgebildeten; Entwicklung im Sinne einer zunehmenden Vervollkommnung der Organisation ...; tierische Ahnenreihe des Menschen; Beispiele für Schutzfärbung, Warnfärbung, Mimikrie; Angriffs- und Abwehrwaffen; usw. 5. Für die Haustiere wäre eine Gegenüberstellung mit den wilden Ausgangsformen ... und eine kurze Geschichte ihrer Entstehung notwendig ... 6. Vom Körperbau der Tiere sollten nur einige Grundlagen gegeben werden, aber nicht im Sinne einer »langweiligen«, beschreibenden Anatomie und Morphologie, sondern in Verknüpfung

mit den Funktionen der Organe ... 7. Von den übrigen Lebenserscheinungen der Tiere sollten wenigstens die wichtigsten Punkte erläutert werden: Brutpflege, besonders bei Vögeln und Insekten; Vogelzucht mit Berücksichtigung der Verhältnisse in Westfalen; Soziologie staatenbildender Insekten; Symbiose; Parasitismus; usf. ... 8. Von schädlichen Tieren sind vor allem die Parasiten des Menschen und die in Westfalen wichtigsten Garten-, Feld und Forstschädlinge mit ihren Entwicklungsstadien zu zeigen; zum Teil kurze Angaben der Bekämpfungsmaßnahmen ... 9. Falls Raum vorhanden, wäre eine kleine Übersicht über tierische und über pflanzliche Rohstoffe wünschenswert ... 10. Die westfälische Tier- und Pflanzenwelt ist vor allem in ihrer Einpassung in den Lebensraum darzustellen: Lebensgemeinschaften; Zeugen der vorgeschichtlichen Vergangenheit...; tier- und pflanzengeographische Grenzlinien in Westfalen; historische Zeit in Westfalen ausgerotteter Tiere ... 11. Dem Naturschutz müßte ein breiter Raum gewidmet werden: Übersicht der geschützten Tiere; Bilder von geschützten Pflanzen ..., geschützten alten Bäumen und von den Naturschutzgebieten ..., Auslegung einer Kopie des »Naturdenkmalbuches« mit Skizzen der Naturschutzgebiete ...» Vgl. auch Bernhard Rensch, Formale Momente bei Neubau und Umbau biologischer Schausammlungen, in: Museumskunde NF VII (1935), S. 143-147, in: VALWL, C 70, Nr. 66.

- (56) In dem Schreiben der Gauleitung der NSDAP Groß-Berlin an den Landeshauptmann Kolbow hieß es: »Er ist, wie aus verschiedenen unabhängig voneinander erstatteten Gutachten hervorgeht, in seinen grundsätzlich wissenschaftlichen Ansichten Neolamarxist. Seine Lehre geht dementsprechend dahin, daß die Rassen im wesentlichen unter Einfluß von Umweltfaktoren entstanden seien und von ihnen weitergebildet und gefördert werden. Diese seine Lehre hatte er in verschiedenen Büchern und Berichten niedergelegt und auch unter anderem in einem Vortrag Ende 1935 noch vertreten.

Dr. Rensch wird als eine ausgesprochene Gelehrtennatur von zweifellos hoher Begabung geschildert. Gerade diesem Typ macht es aber bekanntlich besonders große

Schwierigkeiten, sich bei seiner komplizierten Denkweise an das einfachere und natürlichere Denken des Nationalsozialismus zurückzufinden. Selbst wenn er daher persönlich gewillt wäre, sich in den Dienst des neuen Deutschlands zu stellen, so wird er doch gerade aufgrund dieser Vorbelastung in Wirklichkeit immer wieder unseren weltanschaulichen Gegnern wertvolles Material gegen uns in die Hand geben, wenn er durch hohe Dienststellen des nationalsozialistischen Staates auf einen so exponierten Posten gestellt wird, wie das bei den besonderen politischen Verhältnissen in Westfalen bei ihnen der Fall wäre.« Vgl. das Schreiben des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP Gauleitung Groß-Berlin an Kolbow vom 21.1.1937, in: VA LWL, C 11 A, Nr. 759.

- (57) Kolbow stellte fest: »Im Gegenteil, gerade Dr. Rensch biete alle Voraussetzungen dafür, daß er durch seine Arbeit in Westfalen mittelbar auch die weltanschauliche nationalsozialistische Erziehung der Bevölkerung positiv mit vorwärtstreiben könne.« Vermerk Kühls vom 29.1.1937 und Vermerk Kolbows vom 18. und 23.2.1937, in: VA LWL, C 11 A, Nr. 759.
- (58) Schreiben Kühls an Kolbow vom 15.2.1937, in: VA LWL, C 70, Nr. 107.
- (59) Vgl. NKM, Hefter: Westfälischer Naturwissenschaftlicher Verein e.V.
- (60) Die Tätigkeit des Provinzialkomitees für Naturdenkmalpflege war im Jahre 1933 durch die politisch bedingte Ablösung einiger Mitglieder lahmgelegt worden; die entsprechende Fachstelle des Westfälischen Heimatbundes war nicht sehr aktiv. Deshalb war im Oktober 1933 auf Initiative der Professoren Andree und Feuerborn sowie des kommissarischen Direktors des Naturkundemuseums, Dr. Paul Graebner, und seines Mitarbeiters Dr. Helmut Beyer eine politische Alternativ- und Konkurrenzorganisation für die Naturschutzarbeit, die »Arbeitsgemeinschaft Naturkundlicher und Naturschutzvereine der Gaue Westfalen-Nord und -Süd«, gegründet worden. Vgl. das Protokoll Prof. Feuerborns vom 13.10.1933, in: Archiv des Westfälischen Heimatbundes <WHB>, Ordner F 10, Naturkunde und Naturschutz

- 1913-1933; Bericht über die Besprechung der Fachstelle des Westfälischen Heimatbundes, des Botanischen Vereins, des Westfälischen Zoologischen Vereins und des Naturschutzvereins Münster e.V. vom Oktober 1933, in: NKM, Hefter: Zoologische Sektion, Protokolle 1930-35. Diese Arbeitsgemeinschaft hatte sich am 25. November 1934 zum »Bund Natur und Heimat der Gaue Westfalen-Nord und -Süd« unter dem Vorsitz Graebners erweitert. Finanziert wurde der Bund vom Provinzialverband Westfalen, der damit die gesamte Naturschutzarbeit in der Provinz kontrollierte. Vgl. das Sitzungsprotokoll vom 25.11.1934, in: VA LWL, C 70, Nr. 184 b, Bd. 1; »Bund Natur und Heimat«. Bericht über Gründung und Aufbau, in: Natur und Heimat. Blätter für den Naturschutz und alle Gebiete der Naturkunde 1935, S. 23 f.
- (61) Schreiben Feuerborns an Kühl vom 16.2.1937, in: VA LWL, C 70, Nr. 188.
- (62) Vgl. Rensch, Lebensweg, S. 82 f.
- (63) Bernhard Rensch, Das Landesmuseum für Naturkunde, Münster 1941.
- (64) Protokoll von Rensch vom 12.2.1937, in: VA LWL, C 70, Nr. 107.
- (65) Schreiben des Rechnungsprüfungsamtes an die Provinzialverwaltung vom 26.2.1938, in: VA LWL, C 10/11, Nr. 823.
- (66) Vgl. Rensch, Lebensweg, S. 82; ders., Das Landesmuseum für Naturkunde, in: Das schöne Münster 13 (1941), S. 57-64.
- (67) Interview mit Prof. Dr. Bernhard Rensch vom 12.11.1985.
- (68) Entwurf eines Schreibens des Provinzialverbandes, undatiert (Ende 1949/Anfang 1950), in: VA LWL, C 70, Nr. 107.
- (69) Vgl. VA LWL, C 11 A Nr. 772; NKM, Ordner: Reg. Bez. Münster: Allgemeines 1927-1951.
- (70) Vgl. Rensch, Lebensweg, S. 107.
- (71) Vgl. NKM, Hefter: Landeshauptmann 1.4.1934-1.1.1935; 1.4.1935; Schreiben Renschs an die Provinzialverwaltung vom 11.10.1943, in: VA LWL, C 70, Nr. 108; Besucherbuch des Landesmuseums für Naturkunde 1941 ff., in: NKM. Zum Vergleich: In den Jahren 1952 zählte das Naturkundemuseum 34.308, 1953 41.080, 1954 33.959 und 1955 64.844 Besucher.
- (72) Vgl. VA LWL, C 70, Nr. 55; Bericht Reichling, in: VA LWL, C 10/11, Nr. 558 b.
- (73) Vgl. VA LWL, C 11 A, Nr. 759; Bundesarchiv Koblenz, R 31, Nr. 637; Rensch, Lebensweg, S. 111 ff. Für die Verwaltung des Museums bestimmte Rensch Frau Wolf; sie übernahm die Geschäftsführung vom 16.1.1944 bis 28.2.1945.
- (74) Vgl. VA LWL, C II A, Nr. 758, 759. Freundliches Schreiben vom 31.12.1991 von Hans-Jürgen und Dr. Helmut Reichling.
- (75) Vgl. Walter Schoenichen, Naturschutz im Dritten Reich. Einführung in Wesen und Grundlage zeitgemäßer NaturschutzArbeit, Berlin-Lichterfelde o.J.; Hans Schwenkel, Die moderne Landschaftspflege, ihre Leitgedanken, ihre wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung, in: Studium Generale 3 (1950), S. 232-246.
- (76) Vgl. das Rundschreiben des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 30.6.1934, in: VA LWL, C 70, Nr. 184 b, Bd. 1; STAM, OP MS, Nr. 7937.
- (77) Vgl. zur personellen Organisation des Naturschutzes in Westfalen: Naturschutz. Sonderheft von »Natur und Heimat«, 1936, hg. v. Bund Natur und Heimat im Westfälischen Heimatbund, S. 38 ff.
- (78) In seinem Paragraph 1 hieß es: »Gegenstand des Naturschutzes. Das Reichsnaturschutzgesetz dient dem Schutze und der Pflege der heimatlichen Natur in allen ihren Erfahrungen. Der Naturschutz im Sinne dieses Gesetzes erstreckt sich auf: a) Pflanzen und nichtjagdbare Tiere, b) Naturdenkmale und ihre Umgebung, c) Naturschutzgebiete, d) sonstige Landschaftsteile in der freien Natur, deren Erhaltung wegen ihrer Seltenheit, Schönheit, Eigenart oder wegen ihrer wissenschaftlichen, heimatlichen, forst- oder jagdlichen Bedeutung im allgemeinen Interesse liegt.« Das Reichsnaturschutzgesetz vom 26.

- Juni 1935 (Reichsgesetzblatt I, S. 821) mit der Verordnung zu seiner Durchführung vom 31. Oktober 1935 (Reichsgesetzblatt I, S. 1191) hg. u. erl. v. Dr. Hans Klose u. Dr. Adolf Vollbach, Neudamm 1936, S. 16; Der Schutz der Landschaft nach dem Reichsnaturschutzgesetz. Vorträge auf der Ersten Reichstagung für Naturschutz in Berlin am 14. November 1936 von Dr. Hans Klose, Professor Dr. Hans Schwenkel, Professor Dr. Werner Weder, hg. v. d. Reichsstelle für Naturschutz, Berlin, 1937. Vgl. Walter Mrass, Die Organisation des staatlichen Naturschutzes und der Landschaftspflege im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland seit 1935, gemessen an der Aufgabenstellung in einer modernen Industriegesellschaft, Stuttgart 1970, S. 11 ff.; Wey, S. 147 ff.
- (79) Beispiele finden sich in: NKM, Ordner: Regierungsbezirk Münster: Allgemeines 1927-1951. Vgl. auch den Erfahrungsbericht über die Arbeit eines Bezirks- und Landschaftsbeauftragten für Naturschutz: Wilhelm Lienenkämpfer, Zehn Jahre Landschaftsstelle für Naturschutz Altena-Lüdenscheid, Manuskript ca. 1942, in: NKM.
- (80) Vgl. Völkischer Beobachter 23.6.1935, in: VA LWL, C III, Nr. 76; STAM, OP MS, Nr. 5603.
- (81) Vgl. STAM, OP MS, Nr. 5514 und Regierung Münster, Nr. 8989.
- (82) Schreiben Münkers an die Provinzialverwaltung vom 24.6.1935, in: VA LWL, C 70, Nr. 192 a.
- (83) »Wenn der Plan in Verden verwirklicht wird, so ist damit zu rechnen, daß dieses Beispiel Schule machen wird und daß Findlingsdenkmäler an vielen anderen Stellen errichtet werden, ähnlich wie früher Kriegerdenkmäler aus Findlingen zusammengetragen wurden. Bei aller Anerkennung des dem Verdener Plan zugrunde liegenden Gedankens muß ernstlich befürchtet werden, daß dies der Anfang zu einer Beseitigung wertvoller Naturdenkmäler an vielen Stellen sein wird.« Er wolle durch den staatlichen Kommissar für Naturschutz und die untergeordneten Stellen diesen Bestrebungen entgegenreten. Schreiben Kolbows an den Landesbauernführer vom 3.7.1935, in: VA LWL, C 70, Nr. 192 a.
- (84) Schreiben Graebners an die Landräte der Regierungsbezirke Münster und Minden vom 9.7.1935, in: VA LWL, C 70, Nr. 192 a.
- (85) Der SS-Obersturmführer Hermann Elbert aus dem Rasse- und Siedlungsamt gab Kolbow in einem Schreiben vom 9. Juli 1935 eine Erklärung für die Sammelaktion: Die Steine seien für den geplanten Sachsenhain bei Verden an der Aller gedacht. Er habe in einem Richtblatt an die Landesbauernschaft ausdrücklich darauf hingewiesen, »daß es verboten ist, Findlinge von vorgeschichtlichen Stätten oder solchen, die zum Charakter der Landschaft gehören, fortzuschaffen ... Die aus Westfalen nach Verden geschafften Steine sind zu 50 % Bruchsteine, der Rest stammt aus Moränenablagerungen in der Warsteiner oder Bruchhauser Gegend und zwar aus Steinen, die den Bauern in ihrem Acker zum Teil sogar unter der Erdoberfläche im Wege saßen. Die Erlaubnis für die Steinsammlung ist vom Kultusministerium erteilt worden ... Es ist wohl beabsichtigt, von der Kreisbauernschaft Herford einen Findling, der auf einem Sattelmeyerhof liegt, und zwar aus der Wittekindsstadt Enger, nach Verden zum Ehrenmal zu schaffen. Daß bei der Steinsetzung wenigstens die Stadt Enger vertreten sein muß, fordert schon seine Tradition ...« Schreiben des SS-Obersturmführers Elbert an die Provinzialverwaltung vom 9. Heumond <Juli> 1935, in: VA LWL, C 70, Nr. 192 a.
- Graebner hatte sich unterdessen an den Direktor der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen, Walter Schoenichen, mit der Frage gewandt, wie sich die Findlingssammelaktionen der SS und der entsprechende Erlaß des Kultusministeriums vom 20. Juni 1934 mit den geltenden Naturschutzbestimmungen vertragen würden. Schoenichen teilte ihm mit, daß diese Ausnahmebestimmung lediglich für das Verdener Denkmal gelte; er sei vorher dazu nicht gehört worden. Schreiben Graebners an die Provinzialverwaltung vom 9.7.1935 und Schreiben Schoenichens an Graebner vom 21.6.1935, in: VA LWL, C 70, Nr. 192 a.
- (86) »Der Reichsführer SS baut zum Andenken an die durch Karl den Franken hingemordeten Bauern den Sachsen-

hain bei Verden an der Aller. Dieser Sachsenhain wird von einem Sachsenweg umsäumt, zu dessen beiden Seiten Findlinge aufgestellt werden und zwar für jeden der Ermordeten 1 Stein, also insgesamt 4.500. Der Bau dieses Thingplatzes ist nahezu vollendet. Es fehlen einzig nur noch eine größere Anzahl Steine aus den Bauernschaften. Diese haben sich, um ihrer Verbindung zu ihren Ahnen Ausdruck zu geben, bereit erklärt, die Steine zu liefern. Seitens des Reichsführers ist ausdrücklich dafür Sorge getragen, daß dieser Thingplatz nur einmalig in Deutschland bleiben soll und es ist durchaus nicht damit zu rechnen, daß dieses Beispiel Schule machen wird. Das Sammeln und Zerstören von Findlingen ist allgemein durch Verordnung des Kultusministeriums verboten und einzig für den Sachsenhain bei Verden ist durch eine besondere Verordnung eine Ausnahme getroffen worden ... Gerade weil der Reichsführer SS die Bestrebungen des Naturschutzes von sich aus nach Kräften unterstützt, ist Wert darauf gelegt, nicht den leisesten Verdacht zu erwecken, als ob durch das Sammeln der Findlinge etwa eine Beeinträchtigung der Bestrebungen des Naturschutzes erregt werden könnte ... Es wäre sehr zu bedauern, wenn durch das Schreiben des Herrn Oberpräsidenten und die in dem Schlußansatz angekündigte Unterrichtung der Provinzialkommissare vom Naturschutz diesen Bestrebungen entgegen gewirkt würde. Im Gegenteil dürfte erwartet werden, daß für den einmaligen Zweck, der uns eine heilige Verpflichtung gegenüber der Ehre unserer Ahnen bedeutet, mit Tatkraft und Wohlwollen die Bestrebungen des Reichsführers SS unterstützt würden. Ich möchte daher der Erwartung Ausdruck geben, daß durch die Provinzial- und Bezirkskommissare den Kreis- und Ortsbauernschaften bei der Sammlung der Findlinge keine Schwierigkeiten gemacht werden.« Schreiben des Mitglieds der Chefadjutantur, Precht, vom 31.7.1935 an den Oberpräsidenten in Münster, in: VA LWL, C 70, Nr. 192 a.

(87) Schreiben des Oberpräsidenten an die Provinzialverwaltung vom 6.8.1935, in: VA LWL, C 70, Nr. 192 a.

(88) Schreiben der Chefadjutantur des Reichsführers SS vom 13.8.1935 an den Oberpräsidenten in Münster, in: VA LWL, C 70, Nr. 192 a.

(89) Schreiben der Provinzialverwaltung an das Provinzialkomitee für Naturschutz vom 22.8.1935 und Schreiben des Provinzialkomitees für Naturschutz an die Landräte vom 10.9.1935, in: VA LWL, C 70, Nr. 192 a.

(90) Schreiben Münkers an die Provinzialverwaltung vom 12.8.1935, in: VA LWL, C 70, Nr. 192 a.

(91) Schreiben der Chefadjutantur des Reichsführers SS an Münker vom 30.9.1935, in: VA LWL, C 70, Nr. 192 a.

(92) Die Verhandlungen finden sich in: NKM, Ordner: Regierungsbezirk Münster, Kreis Lüdinghausen, 1925-31.12.1941.

(93) Vgl. den Vermerk Kolbows über die Besprechung am 20.2.1942, in: NKM, Ordner: Regierungsbezirk Münster, Kreis Lüdinghausen, 1.1.1942-31.12.1955.

(94) Graebner stellte ihr drei Fragen: »1. Wie würden sich die Abgase auf den heutigen Waldbestand auswirken? 2. Kann von seiten des Waldbesitzers vorbeugend etwas unternommen werden, und wenn, unter was für geldlichen Voraussetzungen? 3. In welcher Entfernung vom Walde müßten die Kokereien u.ä. errichtet werden, wenn merkliche Schädigungen vermieden werden sollen?«

Schreiben Graebners an die Preußische Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene vom 24.2.1942, in: NKM, Ordner: Regierungsbezirk Münster, Kreis Lüdinghausen 1.1.1942-31.12.1955.

(95) »Aufgrund der örtlichen Erhebungen und der bei der Abgasbeseitigung in gleichartigen Betrieben gesammelten Erfahrungen vertritt die Reichsanstalt den Standpunkt, daß bei der Wahl des Standortes Alt-Lünen eine Gefahr der Schädigung durch Abgase und Staub für die Cappenberger Waldungen nicht bestehe. Alle schädigenden Stoffe, die mit den Abgasen anfallen, lassen sich bei dem derzeitigen Stande der Technik so vernichten oder die Ableitungsbedingungen so gestalten, daß die Umweltverhältnisse keine wesentliche Beeinträchtigung erleiden.«

den.« Vgl. das Gutachten vom 2.6.1942, in: NKM, Ordner: Regierungsbezirk Münster, Kreis Lüdinghausen, 1.1.1942-31.12.1955.

- (96) Schreiben Graebners an den Reichsforstmeister vom 12.6.1942, in: NKM, Regierungsbezirk Münster, Kreis Lüdinghausen, 1.1.1942-31.12.1955.
- (97) Vermerk Renschs über die Besprechung am 18.9.1942, in: NKM, Ordner: Regierungsbezirk Münster, Kreis Lüdinghausen 1.1.1942-31.12.1943.
- (98) Vgl. das Protokoll der Sitzung der Fachstelle Naturkunde und Naturschutz und des Bundes Natur und Heimat vom 8.7.1938, in: VA LWL, C 70, Nr. 195; Naturschutz. Sonderheft von »Natur und Heimat«, 1936, hg. v. Bund Naturschutz und Heimat im WHB, S. 42 f.